

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wache Nr. 1/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte, M. 3.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interaktionsschicht bezieht sich auf die soziale Schichtung der Bevölkerung, die sich aus der Arbeitsteilung ergibt. Die Schichten sind: die Arbeiterklasse, die Mittelschicht und die Oberschicht. Die Arbeiterklasse ist die Basis der Gesellschaft, die Mittelschicht ist die Stütze und die Oberschicht ist die Spitze.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 33.

Dienstag, den 9. Februar 1909.

20. Jahrgang.

Zunehmende Massenscheidung.

Der Koalitionsrechtskampf der Techniker und der Bühnenmitglieder.

„Wenn man zwanzig Jahre lang den Kampf der Arbeiterklasse an führender Stelle mitgekämpft hat, wie ich, dann berührt es einen eigentümlich, seine ersten Phasen plötzlich auch von jenen Angestellten durchmachen zu sehen, die uns bisher meist an der Seite der Unternehmer als Gegner gegenüberstanden.“ In diesem einen Satz faßte Genosse Hermann Sacke, Reichstagsabgeordneter von Waldenburg, gestern in der Techniker-Versammlung im großen Saale des Konzerthauses die Eindrücke zusammen, welche wohl jeder Arbeiter als Teilnehmer der interessanten Zusammenkunft fühlen mußte. Welch vertraute Klänge schlugen er aus so fremdem Mund in sein Ohr. — Argumente und Behauptungen, die er sonst nur in fetten gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Agitationsversammlungen vernahm, sie stießen mit dem Brüllen der Ueberzeugung nicht nur aus dem Munde der verfolgten Technikerführer selbst, sondern sie bildeten auch den Grundton der Vorträge, welche die Gäste Merikaler und freisinniger Richtung, die Abgeordneten Dr. Fleischer-Neurode und Dr. Scheppe-Scharlottenburg, den um ihr Vereinigungsrecht ringenden Privatbeamten hielten.

Wir sehen die Vorgeschichte der Protestkundgebung als bekannt voraus. Auf den Gruben-Gruben in Schöppnitz erhielt am 9. Dezember der Grubensteiger Hubell seine Kündigung, weil er im Privatleben eine den Kohlenkönigen unangenehme Ansicht über die Larnowitzer Bergschule vertreten hatte. Als sich der Bund technischer-industrieller Beamter, eine rührige und schlagfertige Privatbeamten-Organisation, seines Mitgliedes annahm, geschah das, was diese Proben sonst Arbeitern gegenüber zu tun gewohnt waren: „Entweder Sie treten aus Ihrer Organisation aus, oder Sie sind entlassen“, „Koalitionsrecht und persönliche Freiheit sind Phrasen“, das waren die wohlbekannten Töne, die den Angestellten entgegenhüllten, und Herr Uthemann hieß diesmal der Auserwählte, der die in allen Reichen gleich rücksichtslose Unternehmer-Druckerei repräsentierte: von 11 der Organisation treuen Mäxlern wurden 6 gekündigt, 5 sofort aufs Pflaster gesetzt!

Dieser scharfmacherische Gewaltakt rief am gestrigen Sonntag 800 Architekten, Chemiker, Techniker, Ingenieure, Dr. Ing. und jur. und phil., Steiger, Forstverwalter, Kaufleute und Beamte aller Kategorien zusammen, von denen gar mancher zum ersten Mal in seinem Leben das Wort „Solidarität“ mit Bezug auf seine eigene Person gehört haben mag. Und sie, die bisher der Terminologie der Arbeiterkämpfe so gleichgültig oder gar feindselig gegenüberstanden, überflutete ein neues Licht der Erkenntnis, als man ihnen sagte: „Das einzige Mittel Eurer Existenz ist Eure Arbeitskraft. Diese Arbeitskraft hat man zu einer unpersonlichen Sache, zu einer Ware, wie alle anderen Waren herabgedrückt, die sich nach Angebot und Nachfrage regelt. Glaubst nicht und geht nicht zu, daß Ihr mit Eurer Arbeitskraft Euren Leib und die Seele verlaufen müßt. Verteidiget bis aufs Messer Eure persönliche Freiheit, das Recht auf Selbstbestimmung und Organisation!“ Noch vor wenigen Jahren hätte man dort solche Worte als übertriebene sozialdemokratische Sekerei verächtlich, vielleicht im Bürgermeister Benders-Stil als „persönliche Beleidigungen“ aufgefaßt. Der eherner Gang der Entwicklung und die Unerschämtheit des Unternehmertums sorgten dafür, daß gestern sogar bürgerliche Abgeordnete mit diesem marxistischen Handwerkszeug ganz flott und erfolgreich arbeiteten und dem Vorwurf der Erweckung von Unzufriedenheit mit der kühnen Abweisung begegneten: „Zufriedene Menschen haben noch nie die Welt vorwärts gebracht“. Ohne bei den ehemaligen Vertrauten des Chefs auf einen Laut des Widerspruchs zu stoßen, konnte gegenüber dem Standpunkt vom „Herrn im eigenen Hause“ auch hier die selbstbewußte Erklärung abgegeben werden: „Mit dem Strammstehen hat's bei den Privatbeamten aufgehört, das verlangt heute höchstens noch ein aristokratischer Despot“. Und selbst die Erkenntnis ist dort schon aufgedämmert, daß für das Unternehmertum das schöne Lied: „Ans Vaterland, ans teure, schließ' Dich an“, nur so lange Klang und Begeisterung befaßt, als es den eigenen Selbstzweck nicht tangiert.

Es ist der alte Kampf in etwas anderer Form, der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, geistiger Arbeit in diesem Falle, der auf neuem Schlachtfeld zu toben beginnt. Und was heute den technisch-industriellen Beamten, gestern den Steigern in Westfalen und noch früher den Schiffsoffizieren der Amerikadampfer geschah, das kündigt sich für die Angestellten der Bühne in gleicher Gestalt an. Gegen Ende des Jahres 1908 haben sie ein Arbeitsvertrags-Schema, das mit den Bühnenherren vereinbart war, mit Entrüstungsstimmungen zurückgewiesen, weil es entwürdigende Bestimmungen enthielt, welche die Künstler der Bühne noch unter die gewerblichen Arbeiter herabdrückte. Indem wir uns vorbehalten, die einzelnen

Unhaltbarkeiten des Normalvertrages noch besonders zu kennzeichnen, erwähnen wir nur das eine, daß sich die Theaterdirektoren vorbehalten, unverheiratete schwangere Bühnenmitglieder kündigungsgelöst zu entlassen! Nicht etwa aus bühnentechnischen Gründen, sondern aus — moralischen, da die verheirateten Schwangeren von diesen Maßregelungen natürlich nicht getroffen werden sollten. Die Theaterdirektoren als Hüter der Moral! Man wird es den Schauspielern nicht verdenken können, daß sie sich solche Sittlichkeitsrichter höchlichst verbieten. Die Folgen ihrer Selbständigkeitsklärung aber waren auch hier die gewöhnlichen: die im Bühnenverein organisierten Unternehmer hoben den Bühnenvertrag mit den Angestellten auf, zogen sich vom Schiedsgericht zurück und verweigerten der Pensionskasse der Angestellten ihre fernere Unterstützung. Unter der Führung des Berliner Hoftheaterintendanten von Hülsen kam die soziale Kriegserklärung gegen die Bühnengenossenschaft der Angestellten, unter denen die Breslauer Herren Landa und Wallauer tapfer und ehrlich ihren Mann gestanden hatten, zum Ausdruck. Sogar der übliche Trick, die Organisation nicht mehr als Vertretung des Standes anzuerkennen, fehlte nicht.

Ob Opernsänger oder Schauspieler, ob Techniker oder Chemiker, ob Grubensteiger oder Schiffsoffizier, es vollzieht sich bei diesen Bewegungen des „neuen Mittelstandes“ ein wirtschaftliches Gesetz. Die Industriestrukturierung der Volkswirtschaft, die vor unseren Augen mit Riesenschritten sich vollzieht, sie schaffte in täglicher Umwandlung und unaufhörlichem Fortschritt nicht nur diese Schichten eines „neuen Mittelstandes“, sie zwingt ihn auch in eine proletarische Existenz. Sie trennt ihn, genau wie den Arbeiter, von seinen Produktionsmitteln, und stellt ihn in den Dienst des Kapitals; sie bringt ihn damit in die gleiche Unsicherheit der Existenz, wie den gelernt und ungelerten Handarbeiter. Auch die etwa vorhandene Gehaltsdifferenz, die oft nicht einmal von Bedeutung ist, ändert nichts an der Tatsache, daß der Privatangestellte mit dem Verlust seiner Arbeitsstelle die Möglichkeit seiner Existenz verliert, genau wie der Arbeiter. Diese soziale Unsicherheit treibt ihn zur Organisation, treibt ihn über kurz oder lang an die Seite der Arbeiterklasse, der vom Kapital ausgebeuteten, unterdrückten Klassen. Wir brauchen es nicht besonders zu betonen, daß wir ihnen auf diesem naturnotwendigen Wege eine schnelle Orientierung und sichere Konsolidierung wünschen, und dabei jederzeit unsere hilfreiche Unterstützung leisten werden. Wägen sie aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen und sich nicht zerplättchen lassen durch religiöse, politische oder andere Tendenzen, die nicht in ihr wirtschaftliches Programm hineingehören. Kommt ein Privatbeamter zu der Ueberzeugung, daß er Förderung seiner materiellen und ideellen Interessen weder von der Merikalen Ballestrempel noch von der liberalen Volkspartei erlangen kann, sondern sich auch politisch an die Seite der organisierten Arbeitnehmer stellen muß, dann mag ihn die Erkenntnis aufrechten, daß über kurz oder lang alle seine Berufskollegen diese Ueberzeugung erringen werden. Dafür sorgt der Entwicklungsprozeß des Kapitals, der die Scheidung der Klassen sicher und unaufhörlich betreibt!

Politische Uebersicht.

Reichstagsauflösung in Sicht? Zu einer Berliner Korrespondenz, in der das Gerücht über eine bevorstehende Auflösung des Reichstages als „wildes Gerücht“ bezeichnet wird, macht die „Münchener Post“ folgende Bemerkungen:

Im Gegensatz zu diesen Ausführungen halten wir infolge gemischter Informationen von anderer Seite die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages doch für gegeben. Wir haben Veranlassung zu der Annahme, daß einige süddeutsche Regierungen auf die Nachlasssteuer nicht verzichten und daß für den Fall der Unmöglichkeit einer Einigung mit den Konservativen bereits bestimmte Vereinbarungen unter den Bundesregierungen getroffen sind. Unsere Freunde werden daher gut tun, sich auf die Möglichkeit einer solchen Ueberraschung einzurichten.

Der Mangel an sozialdemokratischen Führern.

Die „einen individuellen Reiz besitzen“, veranlaßt die „Dreslauer Zeitung“ zu einer politischen Betrachtung über den angeblich aus dem politischen Leben scheidenden Genossen von Vollmar. Als Beispiel dafür, wie wenig wahrhaftig und unglaublich oberflächlich unsere Gegner selbst dann über Personen und Dinge in der Sozialdemokratie urteilen, wenn sie sich bemühen, in eine sachliche Würdigung ohne alle Gefälligkeit einzutreten, hat dieser Artikel eine geradezu symptomatische Bedeutung. Er geht, wie gesagt, von der falschen Annahme aus, daß Genosse Vollmar aus dem politischen Leben scheidet. Wahr ist bekanntlich das Gegenteil, Vollmar läßt mitteilen, daß er im März seine parlamentarische Tätigkeit wieder aufnehmen gedenkt. Das ist ein unbedeutender Irrtum. Immerhin mißlich für den Kritiker, daß er mit seinem Artikel von einer unrichtigen Tatsache ausgeht. Sie ist aber nebenbei

gegenüber der Fülle von Schiefheiten, welche die hier folgende Betrachtung enthält:

„Verr u. Vollmar, der Führer der bairischen Sozialdemokratie, scheidet aus dem politischen Leben. Es ist für uns, die wir auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, nicht ganz leicht, dem Wirken und der Persönlichkeit eines sozialdemokratischen Politikers gerecht zu werden. Die Ziele der Bewegung scheinen uns völlig utopisch, ihre Mittel nicht selten unklar und bisweilen sogar unklar. Wir müssen uns gewiss fernhalten unseres Tades enthalten, wenn wir über die führenden Männer der Sozialdemokratie urteilen wollten, und auf Augenblicke ins feindliche Lager gehen, um das Wesen eines Bebel oder eines Vollmar zu verstehen. Wie Bebel Sozialdemokrat wurde, das bedarf keiner psychologischen Begründung, es erklärt sich aus der Umwelt, in der er aufwuchs. Vollmar's Werdegang ist bedeutend undurchsichtiger. Ein Mann aus edliger Familie, ein Mitglied der päpstlichen Garde, ein im Krieg schwer verwundeter Offizier, ein Rittergutsbesitzer... für einen solchen Mann ist die politische Stellung gleichsam vorgeschrieben. Er gehörte in die Erste Kammer, er wird Vorsitzender eines Bauernbundes, eines Kriegervereins, er ist streng kirchlich und ebenso streng konfessionell. Das ist das Resultat, das die vorhandenen Faktoren eigentlich mit Notwendigkeit ergeben mußten. Indessen, wer so rechnen wollte, der verläßt das wichtigste Element: die freie Selbstbestimmung, die wie die Wissenschaft sie auch anzweifeln möge, doch zur Erklärung psychischer Abnormitäten stets heranziehen müssen. Vollmar hat die große Lösung vollzogen, die Nietzsche mit den Worten forderte: „Nur wer sich wandelt, ist mit mir verwandt.“ Es würde außerordentlich interessant sein, zu hören, wie er zum Sozialdemokraten wurde. Vergleichen Votennisse wären überhaupt von hohem kulturgeschichtlichen und von sozialologischem Wert. Einen Mann, wie Paul Göhre hat das Mitleid, das der christliche Glaube in ihm gebar, in die Reihen des roten Heeres geführt. Vollmar muß durch andere Motive geleitet worden sein, denn er konnte von sich sagen: „Mich schuf aus häßlichem Stoffe die Natur.“ Sentimentalität war ihm fremd. In der Politik war er in erster Linie Taktiker. Als Redner verfiel er nicht über den Bruch der Ueberzeugung, er wendete sich mehr an den Verstand als an das Gefühl, sprach klar, logisch und dadurch eindringlich, besaß aber nicht die geistige Leidenschaft eines Bebel. Im Verkehr gab er sich als Spötter und Skeptiker, ironisierend und schmehte nicht davor zurück, die Waffe des Witzes gegen die eigene Partei zu wenden. Bei dieser Wesensart bleibt es eigentlich ein Rätsel, wie er zum Sozialdemokraten wurde; an das marxistische Paradies hat er schwerlich je geglaubt. Man muß man freilich bedenken, daß die Sozialdemokratie in Süddeutschland doch eine andere Färbung hat als bei uns. Die ist weit mehr demokratisch-paritätarisch als marxistisch-revolutionär. Die Theorie wird in Norddeutschland eifriger gepflegt, und nur hier gelangt die rote Diktatur zur vollen Blüte.“

Eine Zeitung erwartete man viel von Vollmar. Es schien, als könnte es ihm vielleicht gelingen, die Arbeiter zu einer nächstern Auffassung ihrer Ziele, zu einer einschüchternden Kampfmethode zu bekehren. Sicher war dem Gutsherrn von Solms das die revolutionäre Deklamation, dem Kämpfer von 1870 die internationale Verbrüderung im Grunde unsympathisch. Vollmar sah aber wohl, daß er dem zermalmenden Pathos der Bebel'schen Beredsamkeit nicht gewachsen war. Er hat sich nie in einen offenen Kampf mit dem alten Berserker eingelassen, ... in sicherer Einschätzung der eigenen Mittel und der Massenpsychik. Er hätte für seine Partei und für das Vaterland außerordentliches leisten können, wenn es ihm gelungen wäre, die Sozialdemokratie aus dem Lande Utopia in die deutsche Wirklichkeit zurückzuführen; allein, er fühlte sich wohl zu schwach, um den Versuch zu wagen. So ist er zwar eine interessante Persönlichkeit — einer der wenigen sozialdemokratischen Führer, die individuellen Reiz besitzen — aber er hat sich doch nicht voll ausleben, er hat nicht alles geben können, was in ihm lag. Er hat nicht einmal wagen dürfen, sein Inneres aufzuschließen. Vielleicht fürchtete er, der die alten Götter verbrannt hatte, auch hier den Vorwurf des Renegatentums. Auf dem Parteitage zu Dresden, wo Bebel so unruhig sagte, kam er, wie ein ihm nahestehender damals in einem Privatbriefe schrieb, „nicht zu Worte“, und seitdem trat er im öffentlichen Leben Norddeutschlands nur noch selten hervor.“

Die Tendenz fällt ins Auge: der arme, verunkümmte, begabte Vollmar, unterjocht von den Polterern, gegen die er gar nicht aufzubegehren wagte! Vollmar ist zwar in seinem engeren Vaterlande zu den höchsten Ehrenstellen aufgestiegen, welche die Partei zu vergeben hat, nahm auch im Reichstag und im Parteiorganismus stets einen der einflussreichsten Posten ein, die Partei hat ihn in politischen, organisatorischen und taktischen Fragen als Referenten berufen, und diese Tatkaten allein mühten einen politischen Gegner schon nutzlos machen. Aber: „er hat sich nie in einen offenen Kampf mit dem alten Berserker eingelassen“. Es gehört nicht nur ein hoher Grad von Oberflächlichkeit, sondern auch von Gewissenlosigkeit dazu, solche Unwahrheiten leichtfertig in die Welt zu setzen. Ein einfaches Nachschlagen in den Protokollen der sozialdemokratischen Parteitage hätte Herrn Goldbeck, dem Verfasser des Artikels, gezeigt, welche kapitale Unkenntnis er damit öffentlich dokumentiert. Vollmar kämpfte — um nur die nachsozialistengesellschaftliche Zeit zu erwähnen — im Jahre 1891 in der bekannten Jugenbedatte mit Bebel um die Taktik der Partei, 1894 in Frankfurt a. M. um die Budgetverweigerung, 1898 in Stuttgart um taktische Fragen und solche der Handelspolitik, 1899 in Hannover in der bekannten Bernstein-Debatte, 1900 in Mainz wieder in Zoll- und handelspolitischen Fragen, 1902 in München sprach Vollmar gegen Bebel bei der bekannten „Neue Zeit“-Debatte, die sich um taktische Fragen drehte. — Also, er fühlte sich zu schwach, um den Versuch auch nur zu wagen! Wie kann ein Mensch nur wagen, mit solchen Behauptungen in die Öffentlichkeit zu treten! In Dresden, wo Bebel so unruhig sagte, kam er nicht zu Wort“. In Dresden hatte Vollmar das Korreferat und

Das eine vierstündige Gegenrede auf Debel's Referat; das Protokoll verzeichnet sie auf 22 Seiten, und ebenso sprachen die Vertreter der beiden Richtungen im Schlusswort gegeneinander. So wird nun in freistündigen Blättern Geschichte gemacht, wenn man einem Parteigenossen „wohlwollend“ gegenübersteht; wie es damit aussteht, wenn von der Masse der Individuell „Reislosen“ gesprochen wird, kann man sich darnach denken. Für ein blätterliches Blatt haben eben nur diejenigen Parteiführer Interesse, die aus anderen Sphären zu uns kommen, und nur die „Originalität“ eines Göhre, Dabli, Kautsky, Vernstein, Warrer Blumhardt, Heine, Südemum, Dr. Lindemann, Schöppel und vielleicht noch Auer findet Gnade vor ihren Augen. Algediente proletarische Soldaten aber, die sich, mit mangelfaher Schulbildung ausgestattet, durch eigenen Fleiß und ein Leben voll Arbeit emporgearbeitet haben, wie etwa Rollenhuber, Que, Robert Schmidt, Schmeltz, Lezien, Deesbach, Ehrhardt, Richard Fischer und hundert andere, die entbehren jeden Reizes. Trotzdem werden sich diese Kritiker damit abfinden müssen, daß Proletarier es sind, die in der Masse wie in der Führerschaft den Kern unserer Partei bilden, und nur die Arbeiterklasse selbst ihre eigene Befreiung sein kann. Hieben die großen demokratischen und sozialistischen Zukunftsideen, welche unser Parteibekennnis in sich schließt, auch freie und leuchtende Geister aus den übrigen Schichten der Gesellschaft an, was in jedem Lande zu verzeichnen ist, dann bilden diese vollkommenen Mitstreiter nur ein Zeugnis für die Ueberzeugungskraft dieser Ideen. Und so bietet die lebenswichtige freundliche Parteilichkeit eines Volkstags in unserer Reihen nur die Gewähr, daß in derselben Raum ist für die verschiedenen abweichenden Ansichten über den Weg zum sozialistischen Ziele, und sie liefert ferner den Beweis, daß die Selbsttyrannie und die Gefinnungslosigkeit, von welcher die Gegner immer reden, in der Sozialdemokratie als eine Stütze gefunden hat.

Das Pluralwahlrecht in Oldenburg.

Im Oldenburger Landtag kam es gelegentlich der Beratung des Wahlgesetzes, das den Schluß bilden soll in der im vorigen Jahre eingeleiteten Wahlrechtsreform, zu äußerst scharfen Auseinandersetzungen. Anlaß dazu boten die von den Agrariern und Hochrenten eingeleiteten Pluralwahlrechtsanträge: die dem, der seit 8 Jahren Hausbesitzer oder mit 1800 Mk. Steuern veranlagt ist, eine zweite Wahlstimme, dem, der seit 10 Jahren in Oldenburg anwesend ist, eine dritte Wahlstimme zuerkannt wird. Die sozialdemokratischen Führer Burg und Schulz beantragten sich nicht nur mit einer scharfen Zurückweisung der Pluralwahlrechtsanträge, sondern auch die letzteren als unzulässig zu erklären, die liberalen Abgeordneten Burg und Dabli aber fanden manchen treffenden Vorwand gegen die Wahlrechtsänderung. Die Debatte gestaltete sich heftigste Gedankenspiele; auf beiden Seiten wurde mit den schärfsten Angriffen gearbeitet. Die Agrarier beriefen sich auf die Forderung der Gleichheit politischer Rechte, die liberalen Abgeordneten Burg und Dabli aber fanden manchen treffenden Vorwand gegen die Wahlrechtsänderung. Die Debatte gestaltete sich heftigste Gedankenspiele; auf beiden Seiten wurde mit den schärfsten Angriffen gearbeitet. Die Agrarier beriefen sich auf die Forderung der Gleichheit politischer Rechte, die liberalen Abgeordneten Burg und Dabli aber fanden manchen treffenden Vorwand gegen die Wahlrechtsänderung.

Am Freitag fiel, wie kurz gemeldet, die Entscheidung. Nachdem der Pluralwahlrechtsantrag der Konservativen und liberalen Agrarier zurückgezogen worden war, gelangten zwei Anträge der Abgeordneten Gerdes und Müller zur Annahme, die bestimmen, daß jeder Wahlfähige, der das 40. Lebensjahr vollendet hat, eine zweite Stimme erhalten soll; ferner jeder, der seit mindestens drei Jahren Eigentümer oder Nießbraucher eines im Großherzogtum gelegenen Grundstücks mit darauf befindlichem Wohngebäude ist, oder der als Beamter des Reiches, des Staates, des Hofes, der Gemeinden oder eines kommunalen Verbandes

angestellt ist, oder aber wer selbständig ein Gewerbe betreibt, begibt, verantwortlich leidet.

Der Antrag, den Wahlberechtigten, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, eine Zusatzstimme zu gewähren, wurde mit 23 gegen 19, die anderen Anträge mit 22 gegen 21 Stimmen angenommen. — Nun beginnt in Oldenburg ein neuer Kampf um die Gleichheit des Wahlrechts, denn in der zweiten Lesung dürfte der Beschluß des Pluralwahlrechts nicht erheblich abgeändert werden.

Für Brecklau zur Nachzahlung. Die Nothdurft der Stadtverwaltung bewilligte am Donnerstag weitere 130.000 Mk. für Nothstandarbeiten und weitere 5000 Mk. zur Speisung bedürftiger Schulhinder. Die bestehende Absicht, statt der noch fehlenden Bäckereikohlen an die Arbeiterkolonien zu liefern, wurde aufgegeben. Die Unterführung soll jedoch nicht als Armenunterstützung.

Die Kommission für das Gesetz zur Sicherung der Bauordnungen begann heute die zweite Lesung. Dazu waren von den Herren Admelburg und Frank folgende Anträge gestellt:

1. In § 14 einen Absatz beizufügen, wonach die Anmeldebüro als gewahrt gilt, wenn die Anmeldung bei der Baupolizeibehörde oder dem Grundbuchamt (also nicht bei dem Bauhöfmeister) eingeleitet ist.
2. In § 19: Ausdehnung des Vorraths für zwei Wochen Lohn auf die Arbeiter.
3. In § 20: Mindestens die Hälfte der Bauhöfmeister soll aus Bauarbeitern bestehen.

Die Abstimmung über diese Anträge erfolgt in der nächsten Sitzung. Heute wurde beschlossen, die Nachzahlungspflicht als vorläufig, nicht bloß für Baugewerbetreibende, einzuführen. Die in § 4 vorgesehene Sanktion bei Nichtzahlung wurde von 1/2 auf 1/3 der voraussichtlich zu zahlenden Baugewerbesteuer erhöht.

Um die Nachzahlung. In der Finanzkommission des Reichstages ging der Kampf um die Nachzahlung am Sonnabend weiter. Der vormalige Reichsminister erklärte sich für die Nachzahlung. Dann revidierte der Abg. Weber (sozial.) gegen Emanuel (Soz.). Der Reichsminister erklärte die Einwände der Finanzminister der Einzelstaaten gegen die Vermögenssteuer und gegen die Veredelung der Mat. Inhaber. Eine Uebernahme der Einzelstaaten würde die Folge ihrer Annahme sein. — Abg. Ulrich (Soz.) erklärt, die Nachzahlung gehe ihm und seinen Freunden nicht weit genug. Die Prozentzinsen seien viel zu gering. Die dem Reichsminister vorgelegten, die auf Umwegen der eingeleitet werden sollte, für uns unannehmbar. Wir sind auch gegen Kapitalisten; sie bringen übrigens nichts ein. Graf Schöner in der mit ihm die Steuern gefordert und sagte, die 480 Millionen Markt in dieser Steuern würden pro Kopf nur 8 Mk. betragen. Das bedeutet für eine Arbeiterfamilie die Ausgabe von 40 Mk. oder die Entbese von mindestens 2 Wochenlöhnen; das sei eine unannehmliche Belastung der Arbeiter. Der Reichsminister antwortete über diese Punkte doch nicht. Von einem Opfer der bestehenden Klassen kann also nicht die Rede sein. Der Antrag Gamm ist gegenstandslos, er bringe auch nichts in die Reichskasse. Man müßte eigentlich die geleistete Nachzahlung noch annehmen und dazu eine feste Vermehrung einführen; nur so sei der Finanzminister entgegenzukommen. — Abg. Haack erklärte sich im Namen seiner Partei gegen die Nachzahlung. Er und seine Freunde seien nicht vom Stand der Landwirte ausgeht. Dieser habe nur einen minimalen Einfluß auf seine Partei. In einem anderen Punkt müßte freilich der Reichsminister entgegenkommen. Die Reichsminister seien wohl die idealen Träger der Sache, aber die Reichsminister seien nicht die idealen Träger der Sache, aber die Reichsminister seien nicht die idealen Träger der Sache.

Abg. Dabli (Soz.) vertritt das Zentrum gegen die Vorwürfe, daß es der Finanzreform durch seine Haltung hinderlich in den Weg trete. Das vorliegende Gesetz enthält ganz der Sozialdemokratie, sie habe noch keines so heftig kritisiert, wie dieses und das Gesetz über das Erbrecht des Staates, das er „Gesetz über die Konfiskation des Vermögens“ taxieren würde. Eine solche Vorgehensweise sei in der parlamentarischen Geschichte noch nie dagewesen. Die Reichsminister in der Form einzuführen, sei der unglücklichste Gedanke. Der Reichsminister gibt dann einen Antrag Gamm als bekannt, der lautet: „Die Artikel 44 und 45 (Vermögenssteuer) sind — im Falle einer Notverordnung des Reichstages — einer Zustimmung zu übergeben.“ Der Abg. Weber beantragt, die Abstimmung über § 1 bis nach der vorliegenden Beratung des Erbrechtsgesetzes auszusparen. Der Reichsminister von Reichsbank polenisiert dann gegen den Abg. Dabli. Er wünscht dringend

Weiterberatung der Vorlage. Der Reichstag sei in dieser Weise zu beschleunigen; er werde bei anderen eventuellen Projekten schwerer getroffen. Eine Reichsministerkonferenz sei unzulässig; sie erfolge durch den Reichstag doppelte Einwirkung und Festhaltung und die Einzelstaaten eine wichtige Quelle ihrer Einkünfte. M. Sitzung Dienstag 10 Uhr.

Im Reichstage erinnerte ein Abg. an den Fall von gewalt Dimensionen die typische Corona von Volksvertretern und Publikum, daß 200 Sitten seit dem Sozialistenaufstand in Land gegangen sind. Die sozialpolitische Generalsabende wurde fortgesetzt. Zum Land der sattem bekannte Herausgeber des noch sattemer belam Expressblattes „Wahrheit“ in der letzten Ueberfängerheit le Ueberfängerheit den Mit, die Reduzierbarkeit zu bestigen. Selbsten nahmen Reichstag und Reichsminister keine Notiz bei. Selbst die Wirtschaftliche Vereinigung hielt sich nicht an diesem Punkt der Revolverpresse und nur bei der kleinen Gruppe der Reichsminister, die sich deutsche Reformpartei nennt, war Sinn für Anstand noch nicht bis zum Verlassen des Reichstages entwickelt.

Es begann nunmehr die Reihe der zweiten Fraktionsreden der größten Parteien, über welche der ausführliche Bericht informiert. Das Hochwasser. Das Zentrum brachte im Abgeordnetenhaus folgende Interpellation ein: Was gedenkt die Staatsregierung für die von der neuem Hochwasser-Katastrophe betroffenen zu tun? — Ueber die Wasserfrage, die dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten in den letzten vom Hochwasser betroffenen treffen wird. Ist sich erst eine Entscheidung fassen, sobald genaue Berichte vorliegen. Die in das Hochwasser abteil entsandten Kommissare sind getrennt abgereist, um gemeinlich mit den Lokalbehörden die notwendigen Vorkehrungen treffen. Nach der Minister v. Weittenbach gedenkt sich in das Hochwasserabteil zu begeben, um sich genau zu informieren. Der Minister wird dabei zunächst in die Angelegenheiten abreisen.

Zur Spiegelfrage. Jetzt läßt sich ein Berliner Blatt an Paris telegraphieren, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages eine Interpellation einzubringen gedenke. Einem Pariser Journal zufolge bestige die Sozialdemokratie angeblich dem Reich die nächsten Beziehungen zwischen der deutschen und der russischen Polizei in der Affäre Anev. — Wie man die Reichstagsfraktion auf Anfrage mitteilt, ist kein wahres Wort an dieser Meldung. An den Beziehungen zwischen den beiden Polizeibehörden ist allerdings für uns in Schlesien kein Zweifel!

Kriegervereine und Arbeiterbewegung. Der „Deutsche Kriegerbund“ hat sich kürzlich Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie beschlossen, die er dem demnächst zusammentretenden Reichstagsparlament unterbreiten will. Die Anträge gehen dahin, daß die Kriegervereinsmitglieder in den Verbänden und Versammlungen über die Sozialdemokratie aufzuklären, und an ihre Pflicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bei geeigneter Gelegenheit zu erinnern. Zweitens ist es den Mitgliedern der Kriegervereine nicht gestattet, gleichmäßig freie Gewerkschaften anzugehen, solange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen. Die beruflichen Interessen der Arbeiter, die einem Kriegervereine angehören, sind dafür von ihren Kameraden zu fördern.

Ein abgefaßter Oberbürgermeister. Ueber den erkrankten Rücktritt des Oberbürgermeisters Dr. Lettenborn in Altona hat dem „Samb. Post.“ zufolge am Donnerstag in der dortigen Stadtverordnetenversammlung der Stadtordnungsverwalter eine Erklärung abgegeben, es habe schon seit Jahren die Ueberzeugung überreicht, daß Dr. Lettenborn für die schwierige Leitung des Altonaer Gemeinwesens nicht der geeignetste Mann sei, zumal da er die Frauen der städtischen Verwaltung nicht genügend überzeuge und die Anhalten und Institute der Stadt nicht ausreichend kannte. Seine Stadtverordnete erklärten sich gegen das Vorgehen, durch welches Dr. Lettenborn zur Niederlage seines Amtes gezwungen worden ist. Die „Schles. Zig.“ teilt den Vorfall häuslich und kommentarlos mit. Würde es sich um einen Krankheitsfall gehandelt, der wegen Unfähigkeit gehen müßte, dann gäbe es ein moralisches Gezeir — in diesem Falle aber berechtigt Stelle über den Gewöhnlichen.

Kommunale Arbeitslosenfürsorge. Die Stadtverordnetenversammlung in Bernigerode bewilligte 3000 Mk. zur Unterstützung von Arbeitslosen. Der Kommission, die mit der Ausführung der Unterstützung beauftragt wurde, sollen gegebenenfalls mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Das Steuerprivileg der Beamten. Die verstärkte Gemeindefinanzkommission des Abgeordnetenhauses erledigte in ihrer Sitzung die Vorlage betr. die Einschränkung des kommunalen Steuerprivilegs der Beamten in zweiter Lesung. Es blieb bei dem Beschluß der ersten Lesung, wonach die Einschränkung des Steuerprivilegs, entgegen der Regierungsvorlage auch für die Elementarlehrer, Geistlichen und unteren Kirchenbeamten beschlossen

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Holtei.

110

30.

In Genüssen, wie sie sich nur darbieten, zu schmelzen, ist schön, und so lange ich mit Remerbild und jung erwachsenem Komödiant dieser Leute Dürftigkeit verfolge, jeder durch einen anderen hervorretenden Mangel befriedigt, weil ich mich verpleiben lehren. ... So lange verfolge ich gern, daß der Mensch auch Nahrung zu sich nehmen mag, will er nicht verhungern. Es kommen jedoch Stunden, wo sich's nicht ignorieren läßt. Deshalb ist es nach einer Skizze, in der ich, Strid oder Kette an den Hals, mein hübsches Spielchen spielen konnte. Operantente lang' ich nicht; dafür best' ich zu wenig musikalische Kenntnisse. Beim Theater an der Wien zeigte sich einige er mich dem Grafen Ferdinand v. Porstehen wüßte, verging mir die Lust. Ich dachte an Preßburg, an Pest, und schließlich, trotz meiner „Wüste“ erlaunt zu werden oder mich selbst zu verraten. — Solche Scham! Ich geh' es ein. Viel werd' ich davon nicht verlieren haben, die ganze Geschichte ichem auf irgendwelchen Felsen zu setzen und kann nicht dauern. Es blieb also noch die Wahl zwischen den Josephstädter und Leopoldstädter „Höllenspielen“. Die erste bringt fast nichts als degenerative Gehirnerkrankung von den Donauweibchen, Starnenentzündungen und ähnlichen Lust- oder Wasserweiden; diesen Lebenslust einblafen zu müssen, würde mir bald mein Schicksal verhängnisvoll anstehen. Und in der Leopoldstadt best' ich keine Hoffnung zu hoffen. Gleichwohl best' ich mich den dortigen Komödianten vor; nicht in Erwartung, aufgenommen zu werden; nur um eine Wiederkehr mit ihnen zu verhandeln. Ignatz Schöner und Ferdinand Raimund, heute dieser, morgen jener beherrschten die Szene, auf der auch Hanswurst agierte, mit ihnen Juchend, die sie gleich Marktschreier klangen. Den beiden folgt — der Laßkau — der unerschöpfliche Komödiant, Wenzel Müller, der geniale Viertonler, der Royzer der Pöbelkühn, der Verführer, welcher Weibchen in Hülle und Fülle lockte, die „Glocken“, die „Ketten“, wie oben auf der letzten Galerie „Schandspiel, breunhaube“ aus dem Reich kommen, und dabei hoch Eingeliebt in Wien gefeiert hat, die sich nach Jahre der Schwand, durch dramatische Charakteristik zu Bekanntheit ihrer Leistung erhoben. Die Entschlossenheit im Ge-

higen Verleger, die Hinaus der ersten Akte im Neuen Sommerabend“ und in den „Schwestern von Prag“ werden unrettbar bleiben.

Ferdinand Raimund, seines Tuffstüms Höhe, ist noch nicht fertig. Er ist für jetzt ein Schamwader wider Willen. (Erinnert leider ohne seinen Humor!) Der Post in ihm lehnt sich gegen die Schandheit an, die zu treiben er konträrkt noch gezwungen wurde. Gleiches und Weis's Juchendstücken genügen diesem Komödianten nicht, der ganz andere Phantasien mit sich herumträgt. Gollonda hat in der allerliebsten Parodie, Mine, Königin von Frankreich, Genies eigentümlich ist. Aber seine ganze Bedeutung wird Ferdinand Raimund wahrscheinlich erst gewinnen, wenn er in den Dramen auftritt, deren keine jetzt schon in ihm liegen, und von deren Witz, als von etwas bald Eintretener Rede vollendetes Künstler, der kein höheres Ziel kennt und verachtet, als den Ansehlichen zu genügen, welche die für ihn geschriebenen Rollen an ihm machen. Herr Wustele ist sein Haupt-Hüter. Und wo dieser mit gewandtem Kalte und großer Selbstkenntnis ausgefachtet Schriftsteller in fleißiger Durchführung und gebieterischer Ausarbeitung zurückbleibt, weiß ihn Schöner durch wahrhaft psychologische Deutungen ergänzend zu unterstützen. So zwar, daß keine Darstellungen zu wirklich dramatischen Studien für den Komödianten werden, ohne doch an komischer Gewalt und heftigender Frische das Besten einzubringen.

Reide Herrs erzwungen mich freudlich, verschaffen mir auch in ihr Schauspielhaus freien Eintritt. Ich kann also jetzt das Paragtheater an manchen Abenden mit dem Leopoldstädter Gutes für einen armen Teufel und betrübte nicht nur Grillen, sondern auch den Hunger.

31.

Das war wider die Abrede, Herr Adolf Bäuerle! Sie verprechen mir einen überflüssigen Schwanz und geben mir ein Lachen anstatt dessen, nicht! Ich künste Tränen weinen? Ich will gerast sein; es war weder Bäuerle's, noch Schöner's Schuld. Der Fiater als Marquis ist eine vortreffliche Parodie, und Ignatz führt die Rolle als großer Komödiant durch. Was können die beiden leisten, daß ich den Straf für Ernst nehme? Daß ich den im Stalle unter den Pferden unterzubringen Lohnmischerrecht eine Bierelrunde lang witz-

lich für den Sohn einer vornehmen unglücklichen Mutter hielt? Und daß dadurch Gedanken in mir wach wurden — Bilder aufstiegen, die mir den Gegenstand dieses Stüchles zeigten: einen auf seine hohe Geburt stolzen Grafen, dessen Vater reichender Komödiant war und jetzt bacierender Souffleur ist? Gedanken an Julia und ihr ... unser Kind, Gedanken, Bilder, Träume, Nebel ... Wie sich das kreuzte, ineinander verirrte, und Schuster mit seinem Höder dazwischen, auf dem er eine Last von trockenen humoristischen Scherzen trägt, wie das Kamel die Sade voll Datteln und Feigen! Ich meinte überzuwachen, und ich war nahe daran, mitten unter den verdächtigen Mädchen, denen die Verwaltung des Leopoldstädter Theaters Wäge ident, denen dem Vogelsteller, wenn er Luchdögel anbringt; ... ja, ich wäre verdrückt geworden, hätte mich nicht der plötzlich aufsteigende Wunsch gerettet: ich möchte Preßburg und Eisenstadt besuchen! Daran kammete ich mich fest, und das zog mich aus der Verwirrung der Ideen, weil es mich zwang zu berechnen, wie viel Geld ich an Ausführung des Wunsches zu wenden hätte. Kein besseres Mittel gibt es für einen Kandidaten des Lollhans, als seine Kasse zu überhäufen und sich einzugestehen: sie reicht nicht aus! Das ist wirksamer wie kalte Duschchen und Sturzbad.

32.

Und ich tu's doch! Für diesen Jwed konnte ich sogar betteln. Erst war ich bei Schuster. „Sie haben's veranlaßt“, sagte ich zu ihm; „helfen Sie mir, daß ich eine kleine Reise mache. Eine Wallfahrt zur Stätte, die mir eine heilige ist durch Jugenderinnerungen.“ Er gestand, daß er in Schulden steck und ohne Geld sei. Ein kollettes Weib, die stadbekannte Gräfin D., zur Zeit des Kongresses die teuer bezahlte Matresse eines Staatsmannes, läßt den betrogenen Ignatz nicht aus ihrer Reize und verschlingt seine Sagen samt Benefizmaßnahmen, wie sie des Geheimen Staatsrates Diäten verschlang. Dieser hatte seine Klumpfüße mit Pantofeln zu verkleiden, und Schuster muß den Budei dahinter verstecken. Das kostet viel Papier! Er gab mir doch, mit Fremdbildlichkeit und verwies mich an Raimund der immer gut rangiert sei! Bei dem hatt' ich leichtes Spiel. Ich lästete nur ein Pispochen des Vorhanges, der meine Vergangenheit bedeckte, deutete mir entfernt an, um was es sich handele ... und augenblicklich war er dafür gewonnen. „Dörer E.“ hinter Ihnen steht was! Ist er lebhaft; „Ihnen hab' ich's gleich eingeschaut, daß Sie kein ordnärer Souffleur sind!“ — Und er gab mit vollen Händen. Morgen geht's nach Preßburg. Und von dort ...

worden war, obwohl die Regierung bringend wünscht, diese Kategorie vorläufig noch die Wohlthat der Steuerfreiheit genießen zu lassen. Ein dahingehendes, vom Senat gestellter Antrag wurde abgelehnt; ebenso ein von den Konventionen eingebrachter Antrag, das Steuerprivileg für die Geistlichen erst vom 1. April 1918 ab aufzuheben und bis dahin eine Remise der Gehälter für Geistliche herbeizuführen.

Inseln.

Die Altersversicherung in Frankreich. Die interparlamentarische Kommission für die Alters-Versicherung, bestehend aus 76 Senatoren und 160 Deputierten, hat dem neuen Entwurf des Arbeits-Ministers Rivault, betreffend die Einführung einer Alters-Pension für Arbeiter zugestimmt. Danach sollen Arbeiter im Alter von 65 Jahren eine Pension von jährlich 300 Frank im Minimum begreifen. Die übrigen Summen werden aufgebracht durch Beiträge der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und durch Zuschüsse des Staates. Der Arbeiter kann sich außerdem noch weiter bei privaten Unternehmungs-Kassen versichern, die bisherigen Staatszuschüsse an solche Kassen werden weiter gezahlt. Die Annahme dieses Gesetzes scheint gesichert.

Ein Weg zur Lösung der Diensthofenfrage. Die Verwaltung der englischen Wartenstadt Richmond beabsichtigt für die einzelnen Häuserblocks Haus-Genossenschaften ins Leben zu rufen. Diese sollen für die beteiligten Familien in dem Zentralgebäude Speisesäle einrichten, in denen die Hausgenossen gemeinsam die Mahlzeiten einnehmen können. Geleitet wird in einer Zentralküche. Das angestellte Personal steht nicht mehr der einzelnen Familie ausschließlich zur Verfügung, ist aber gegen mäßige Gebühren Fremden zur Erledigung der Hausarbeiten erhältlich. Die Mahlzeiten werden auf Wunsch gegen Zahlung eines geringen Aufschlags auch in die zugehörigen Privatwohnungen gebracht. Da Zentralheizung und Beleuchtung vorhanden ist, und da ferner die Reinigung der Wohnräume, der Möbel, der Teppiche usw. nach den verschiedenen Methoden geschieht, so werden die persönlichen Dienstleistungen, welche eine Familie darüber hinaus noch bedarf, auf ein Minimum beschränkt. Die Diensthofen werden als solche ihren Charakter und werden zu gewerblichen Hilfskräften. Die einzelne Person erledigt nicht mehr die gesamte, im Haushalt zu verrichtende Arbeit, sondern nach und nach wird auch hier eine immer größere Teilung der Arbeit Platz greifen.

Einen Hauptstreik gegen die Japaner haben die Kalifornier nun doch vollzogen. Die Ablehnung der Vorlage, die den Brudermord durch Fremde verbieten wollte, will wenig besagen gegenüber folgender Meldung aus Sacramento.

Das Unterhaus der Staatslegislatur hat die Vorlage, durch die die Japaner von den öffentlichen Schulen ausgeschlossen werden angenommen.

Von der Schulfrage ist ja überhaupt der ganze Konflikt ausgegangen, man hat jetzt versucht, geleglich festzulegen, was künftig in Kalifornien Verwaltungspraxis war. Der Gouverneur des Staates Kalifornien, Gillett, erhielt vom Präsidenten Roosevelt folgendes Telegramm: Wie es heißt, hat die gesetzgebende Körperschaft von Kalifornien ein Gesetz angenommen, welches die japanischen Kinder, von den öffentlichen Schulen ausschließt. Dieses Gesetz ist nach meiner Ansicht verfassungswidrig. — Die Kalifornier haben somit einen inneren und einen auswärtigen Konflikt von größter Tragweite heraufbeschworen.

„Menschen zu verkaufen!“ Aus New York wird berichtet: Die Arbeitslosigkeit in New York hat in den letzten Wochen betrübendste Dimensionen angenommen; nach Tausenden zählen die, die ohne Arbeit zu finden, aller Erziehungsmittel entbehren, voll Verzweiflung in die Zukunft blicken. Es ist ein bezeichnendes Symptom für die Ausdehnung der Not und des Elends, daß jetzt in Brooklyn eine regelrechte Verkaufserregung von Menschen angeht. In der 300 dieser Erwerbslosen sind zu jedem annehmbaren Preise auf eine längere Zeit als freiwillige Sklaven verkauft, bereit jede Arbeit zu verrichten und als Lohn im wesentlichen nur Nahrung, Kleidung und eine Schlafstätte zu fordern. Es ist ein „bekannter Philanthrop“ und städtischer Beamter, Younglin, der diese einträgliche Verkeimerung dem verarmten Dingen der Arbeitslosen nachgehend, arrangiert hat. Schon vor einigen Tagen hat er einen Mann „verkauft“, und daraufhin empfing er jetzt mehr als 300 Besucher, die für sich kein besseres Schicksal erblickten. Die Bewerber werden in drei verschiedenen Abteilungen veranordnet: „Erster Posten“: Mechaniker; zweiter „Posten“: Arbeiter; dritter „Posten“: Aufwärterinnen.

Der Beamtenrat hat bereits zahlreiche Zuschriften erhalten, in denen ihm Aufträge erteilt wurden. Ein Bewerber schreibt: „Ich will nicht betteln; ich will arbeiten, und ich bin willens, alles zu tun, als Kutscher oder als Kohlenträger, als Hausbürche oder als Heizergehilfe. Die Lage ist schrecklich und kaum zu beschreiben. Manchmal fühle ich mich vor dem Selbstmord, und manchmal in Verzweiflung, Bebrecher zu werden.“ Ein englischer Korrespondent, der die Verhältnisse persönlich geprüft hat, bestätigt, daß Mr. Younglin die Idee der Verkeimerung mit allem Ernst betreibt, und daß alle seine „Kunden“ bereit sind, sich zu verkaufen.

Arbeiterbewegung.

Die Verschmelzung angenommen. Mit einer Stimmenmehrheit, wie sie kaum zu erhoffen war, ist der Anschluß des Verbandes der Handschuhmacher an den der Lederarbeiter durch Abstimmung beschlossen worden. Sicher hat die große Bedeutung der diesmaligen Abstimmung zu der erwarteten starken Beteiligung den Anlaß gegeben. Die Beteiligung an der Abstimmung betrug 77 Prozent. Die Gegenüberstellung des Abstimmungsergebnisses beider Verbände ergibt, daß zwar im Lederarbeiterverband annähernd 18 Prozent der Abstimmenden mehr für die Verschmelzung votierten, als im Verbands der Handschuhmacher. Dieser Unterschied wird jedoch wieder ausgeglichen durch den Vergleich der beiderseitigen Abstimmungsbeiträge, welche bei den Handschuhmachern um mehr als 12 Prozent stärker gewesen ist, als im Lederarbeiterverband. An der Abstimmung vom 30. Januar haben vom Handschuhmacherverband, welcher zur Zeit 3147 Mitglieder zählt, 2425 teilgenommen. Von diesen stimmten mit „Ja“ 1458 und 952 mit „Nein“. 4 waren unbeschrieben und 11 anwesend. Nachdem somit drei Fünftel der Abstimmenden die Frage der Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverband bejaht hat, gilt dieselbe für angenommen und haben die weiteren die beiderseits beauftragten Instruktionen einzuholen.

Aus Schlesien und Polen.

Schwasser und Eisgang.

Ueber das jetzige Hochwasser, verbunden mit teilweise sehr schwerem Eisgang, liegen folgende Meldungen vor: **Posen.** Durch das plötzliche eingetretene Schne- und Regenwetter wurden durch Anstehen der Gräben viele Keller mit Wasser gefüllt, so daß die Leute mitten in der Nacht aus den Betten aufstehen mußten, um ihre Habe im Keller zu retten. In einigen Fällen rat die Feuerwehr in Aktion.

Schwabenberg. Freitag Mittag gegen 1/2 Uhr wurde die Wasserwerk alarmiert. Von dem Wassnerer Mühlen war die telephonische Meldung nach hier gelangt, daß sich das Eis baselbst festgesetzt habe. Es war ein toller, aber doch übermütiger An-

fall, welcher sich dem Beschauer bot. Millionen von Eisschollen bedeckten auf beiden Seiten des Boders und Mühlbänke über- und nebeneinandergerichtet die Weisen und Felder, so daß das Auge blinzelte. An den Wassnerer Mühlen lag auf der Chaussee das Eis meterhoch, so daß jeder Verkehr aufhörte. Tote Fische lag man in Hunderten. Die niedriger gelegenen Gärten stehen unter Wasser. Seit 1887 hat ein derartig gewaltiger Eisgang nicht stattgefunden.

Görlitz. Nach dem Hochstand von 2,98 Meter fällt die Meißner langsam. Das Hochwasser hat in der Umgegend großen Schaden angerichtet. Die Landstraßen und viele Wohnhäuser stehen unter Wasser. Brücken sind fortgerissen, Fabrikanlagen gefährdet und die Wasserregulierungsarbeiten beschleunigt. **Sprottau** Hoher und Sprotta Überschwemmungen die Felder, Niederungen und viele Hausdörfer. Verschiedene industrielle Werke, die von der Wasserkraft des Boders abhängig sind, mußten den Betrieb einstellen.

Schweidnitz. Die Teile nerte bei Schwengfeld aus und überstaute teilweise die Dörschaft. Auch die Weisitz stieg erheblich und auf dem Striegauer Wasser trat gewaltiger Eisgang ein, der namentlich bei Laasan gefährlich wurde, die Ufer beschädigte und das Wasser über die Ufer drückte. Große Flächen stehen dort völlig unter Wasser. Am meisten bedroht wurde wieder der Frankenstein einer Kreis, wofür das Hochwasser weite Strecken in einen eingetragenen See verwandelte. In Oberdorf stuten die Wassermassen auf der Dorfstraße entlang. Zahlreiche Wohnungen stehen unter Wasser und in den Säulen ist das Vieh bedroht. Die Feuerwehr mußte alarmiert werden und leistete den bedrohten Bewohnern Hilfe. — Das Tauwetter hielt bis Freitag Mittag an. Freitag Nachmittag trat im Eulenberg und im Taltefel bitterer Schneefall ein, der Sonnabend zu einem gewaltigen Schneesturm anwuchs. Die niedrigen Schneemassen sind enorm und bedecken in kurzer Zeit das Land in beträchtlicher Höhe.

Lauban. Durch das Hochwasser ist in der Nacht zum Freitag in Wimarndorf die über die „Delle“ führende massive Brücke zum großen Teile weggerissen worden, so daß nun der sämtliche Verkehr von und nach Lauban über Steinrich oder Langenbühl geleitet werden muß. Den Neubau dieser Brücke übernimmt die Provinzialverwaltung. Auch in Holzsch ist der unterhalb der Pappfabrik im letzten Sommer angelegte Damm über den Damm in der letzten Nacht von den Eisschollen fortgerissen worden.

Schweidnitz, 8. Februar. Der dreifache Raubmord in Rogau, bei welchem in der Weihnachtswoche die Familie des Gutsherrn Schönfelder in gerodeter bestialischer Weise von dem Herbeder Bauern durch Raubmord getötet wurde, wird in einer am 22. März beginnenden Schwurgerichtsperiode am Landgericht in Schweidnitz zur Aburteilung kommen. Bisher bleibt nach wie vor keinem der drei Angeklagten ein Verbrechen nachgewiesen. Die in seinem Besitz bei Lauban gefundenen blutbesetzten Kleidungsstücke sind von dem betagten Gerichtschreiber Dr. Jentich in Berlin untersucht worden, doch ist das Gutachten darüber, ob es sich bei den Blutspuren tatsächlich um Menschenblut handelt, noch nicht abgeschlossen. Die Untersuchung in der Morde sache hat jedoch eine derartige Menge erdrückender Belastungsmomente gegen Bauer erbracht, daß an dessen Schuld keine Zweifel mehr bestehen. Sein Mitbeter, ein 18-jähriger Pferdejunge, hat ein unentschiedenes Geständnis abgelegt.

Siebsberg, 7. Februar. Ein größeres Schadenfeuer brach hier Sonntag Mittag auf der Schildauerstraße aus. Gegen 1 1/2 Uhr schlugen aus den Fenstern der zweiten Etage am Hause des Herrn Felder die hellen Flammen. Die Feuerwache war bald zur Stelle, hatte aber in den verqualmten Zimmern schwere Arbeit und mußte schließlich über Leitern durch die Fenster den Brand bekämpfen. Die Wohnung brannte aus und große Teile einer Holzmauer mußten weggerissen werden. Auch die unteren Räume, besonders die Kellern drüben vom Wasser schwer beschädigt sein. Der Brand soll geräuschlos durch Kinder entstanden sein. Hierbei möchten wir auf einen schweren Uebelstand im Feuerlöschwesen hinweisen. Die Alarmierung der Notrufmannschaften geschieht in durchaus ungenügender Weise und ein großer Teil fehlt auch diesmal, weil abfahrend nichts vom Alarm zu hören war. Dem mit 300 Strafe Verurteilten möchten wir empfehlen, das Gericht anzurufen, um die Stadt dadurch zur Abänderung ihrer mangelhaften Einrichtung zu bewegen.

Siebsberg, 8. Februar. Ein Schuldiger muß sein. Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Vormittag des 10. November am dem Bahnhof Altmitteln. Der Arbeiter Reinhold Sch. aus Altmitteln fuhr mit dem Lastautomobil der Betriebsdirektion Papierfabrik zurück, um den Anhängewagen anzufahren. Der Arbeiter Heinrich stand zwischen Automobil und Anhängewagen und wurde richtig zu Tode gequetscht. Schuld an dem unglücklichen Unfall soll, dem „Voten“ zufolge, der Arbeiter Sch. tragen, gegen den deshalb auch Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben wurde. Sch. ist kein gelernter Chauffeur und ist auch nicht im Besitze eines Fahrscheins, aber er hat sich, wie die Beweisnahme ergibt, eine ziemliche Fertigkeit in der Führung des Automobils angeeignet, so daß er ganz gut fahren kann. Deshalb setzte er sich, da der Chauffeur einen Augenblick weggegangen war, auch am Unfallstage auf das Automobil, um die erforderlichen Bewegungen zur Ankopplung des Anhängewagens vorzunehmen. In diesem Zwecke mußte er rückwärts fahren, während er, da das Automobil vollgeladen war, nach rückwärts nicht gehen konnte. Der Arbeiter Heinrich, der ihm half, sollte ihm dabei das Haltesignal geben und die Kopplung vornehmen. Aber Heinrich gab dieses Signal nicht, denn er war inzwischen zu Tode gequetscht worden. Sch. behauptet, an dem Unfall sei nicht er, sondern die mangelhaften Einrichtungen schuld, die früher schon bei nahezu zu schweren Unfällen gefähri hatten und dann auch sofort nach dem 10. November geändert wurden. Der Staatsanwalt beantragt einen Monat Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Adlolf, tritt für Freisprechung ein, da nicht der Angeklagte, sondern diejenigen, die für die Zustände verantwortlich seien, die die Schuld an dem Unfall tragen. Der Gerichtshof ist der Ansicht, daß der Angeklagte fahrlässig gehandelt hat, wobei es dahingestellt sein könnte, ob auch noch andere eine Mitschuld trifft. Sch. dürfte, selbst wenn er ein gelernter Chauffeur gewesen wäre, bei der ihm durch die früheren Unfälle bekannten Gefährlichkeit der Situation nicht rückwärts fahren, wenn nicht noch ein Dritter dabei war, der ihm sowohl wie dem Heinrich Rat machen konnte. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis. — Der Arbeiter muß für die Schäden des Systems büßen, während man die mangelhaften Einrichtungen laufen läßt.

Görlitz, 8. Februar. Schadenfeuer. In der Maschinenfabrik von Christoph, Alt-Görlitz, in Riedel, brach ein Schadenfeuer aus. Das Gebäude ist mit dem Trockenraum für Modelle nebst vielen fertigen Modellen vollständig vernichtet.

Sommerfeld, 7. Februar. Doch erwünscht. Zweimal ergriffen, aber entlassen war der vom Ersten Staatsanwalt in Hainberg verfolgte Arbeiter Emanuel Solem bei aus, der bei einem Gastwirt in Hainberg mit zwei Komplizen einen Einbruchsdiebstahl verübte, jedoch durch einen Revolvererschuss des Gastwirts verletztes wurde. Jetzt gelang es der Polizei, den Solem wieder zu verhaften. Er wurde ins hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Biegenhals, 8. Februar. Reiz Geständnis. In Selbstbeichte und des Mann wegen Vorbes an einer Kellerkammer meldet die „Reißer Zeitung“, daß die Nachricht, es sei bei Biegenhals eine weibliche Leiche aufgefunden, absolut unrichtig ist; im übrigen hat Mann das Geständnis, welches er in Danaburg abgelegt hat, am anderen Tage widerrufen, mit dem Bemerkten, er habe sich bloß ein Quartier verschaffen wollen.

Labrze, 7. Februar. „Hochberg“, nicht mehr Labrze. Einem tiefgefrorenen Bedrümte entsprechend soll der polnische Kluge Name Labrze in das deutsche Hochberg umgewandelt worden. Das ist die Idee von einigen Leuten, die nach Labrum ziehen und nach Labrum streben. Die Idee der Labze

stauden den Namen Hochberg um so mehr empfohlen zu haben weil Labrze der höchste Ort im ober-schlesischen Industrie-Bezirk ist und weil es aus der ehemaligen Kolonie Hochberg entstanden ist. Zweifellos, so meinen die kalatistischen Führer dieser Umwandlung, habe Labrze davon Vorteile und manches hies Vorrecht würde verschwinden. Der „Polat“, ein polnisches Organ, empfiehlt für die Umbenennung folgende Namen: „Judenberg, Schwindelberg, Rionberg, Ostmarkenau, Drei-Durnde, Ostmarkenau, Fideihaube, Orbenklegen, Straßberg, Gebirgsbühlergefahr, Bismarckhiesel, Siebenböfen, Eulenburgström“ usw.

Posen, 8. Februar. Neue Unternehmungen. Zwei große industrielle Unternehmen sollen, dem „Kurier“ zufolge, in Posen in der Provinz Posen gegründet werden. So wird in Jaroslaw eine große Dampfmühle auf Aktien entstehen. Es sollen für eine Million Mark Aktien ausgegeben werden. Ferner soll in Kuruk eine Handholz-Fabrik als S. m. b. G. mit 100.000 Mark Anlagenspital entstehen.

Schroda, 8. Februar. Reichstags-Vertragwahl. Bei der am Sonnabend erfolgten Reichstagswahl für den Wahlkreis Schrimm-Schroda wurden im ganzen 17.936 Stimmen abgegeben. Hieron erhielt Dr. v. Niegolewski (Polen) 8.919, Landvolksrat v. Günther (deutsch) 4009 Stimmen, resp. 17.936 8 Stimmen. Dr. v. Niegolewski ist gewählt. Der Kreis gehörte früher auch schon den Polen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12-1 Uhr Mittag. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

1000. 1. Erfragen Sie nochmal um Auskunft und freien eine Postkarte bei. 2. Nein. 3. Sie haben vielteilige Kländigung. 4. Durch die gewerliche Stimmmittel wird die geheime Wahl allerdings illusorisch gemacht, aber trotzdem dürfte die Anrechnung der Wahl nicht den gewöhnlichen Erfolg haben.

Stemianowitz, 28. B. Anfragen ohne genaue Namensunterchrift und Adresse beantwortet werden nicht.

M. G., Kaiser Wilhelmstraße. Wenden Sie sich an den Gemeindevorsteher des Ortes; der nur kann Ihnen sagen, ob die Frau dort wohnt.

100 Gr. Sie müssen Feuerlöscheinste leisten, wenn dies durch Ortsstatut bestimmt ist.

F. R. 7. Patent-Bureau Paul Wenz in Breslau, Schweidnitzerstraße, Ecke Hummerel.

F. G. Auch die gewerblichen ausländischen Arbeiter müssen sich eine Reklamationskarte besorgen.

G., Conradswaldau. Ein Stridmaschine kostet 150 bis 180 Mk.

Beantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Reutergasse 5/6. — Verlag von Oskar Schöke. — Druck von Th. Schöke S. m. b. G. — Jährlich in Breslau. — 1000 1 Beilage.

Secretariat für Bauarbeiter.

Bureau: Gewerkschaftshaus, Telefon 2780. Zimmerer Goldschmidt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlsstelle Breslau.

Bezirksversammlungen

mit der Tagesordnung:

Welche Vorschläge gibt der Vorstand heraus, beir. durchgreifender Agitation?

finden statt in folgenden Lokalen, am

619

Dienstag, den 9. Februar,

abends 7 1/2 Uhr im Rest. „Zur lustigen Ecke“, Matthesstr. 140, abends 8 Uhr im Rest. „Zivoli“, Neuborstraße (Korlarbeiter), abends 8 1/2 Uhr im Restaurant von Kämpfe, Ernststr. 2, abends 9 Uhr im Restaurant von Stank, Pöbelwitzstr. 40, abends 9 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ im Billardzimmer, abends 10 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ im Zimmer 5 (Weiger und Bolkerer), abends 10 1/2 Uhr im Restaurant von Hoffmann, Bohrauerstr. 91, abends 11 Uhr in der Brancet von Feisch, Heinrichstr. 6, abends 11 1/2 Uhr im Restaurant von Schälmann, Gellhornstr. 21, abends 12 Uhr im Restaurant von Göhlich, Kronprinzstr. 44, abends 12 1/2 Uhr im Restaurant von Gärtel, Roggasse 8.

Mittwoch, den 10. Februar,

abends 8 1/2 Uhr im bekannten Bezirkslokal des Bezirks VI, abends 9 1/2 Uhr im Restaurant von Lange, Leuthenstraße (Ecke Hildebrandstraße), abends 10 Uhr im Restaurant von Joppich, Schiefwenderstr. 1/8, abends 10 1/2 Uhr im Restaurant von Wilde, Gräbchenstr. 74, abends 11 Uhr im Restaur. „Schweigerhof“, Schweigerstraße, abends 11 1/2 Uhr im Restaurant von Freier, Luisenstr. 13, abends 12 1/2 Uhr im Restaurant von Wusch, Viktorstr. 114.

Donnerstag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“:

Öffentliche Holzarbeiter-Versammlung. Referent: Kollege Aug. Neumann, Hamburg.

Knorr's Erbswurst

und Suppenwürstchen enthalten alle Nähr- und Geschmackstoffe einer guten Fleischsuppe. Man braucht nur mit Wasser zu kochen. Ein Suppenwürstchen gibt drei Teller gehaltreiche Suppe.

Jeder Umschlag gilt als Gutschein.

5 Wfg. Sumatra-Zigaretten

praktische Qualität, vorzüglich in Brand u. Geschmack 100 Stück 2,50 Mk., 8 Mk. bis 5 Mk. empfiehlt gegen Nachahmer

Zigaretten-Fabrik E. Lampko.

Fabrik, zentral und Hauptgeschäft: Breslau, Rosenthal 11, am Odeonplatz. Filialen: Mathiasstraße 16, Ecke Schökegasse, Nummer 15, Friedrichstraße 15, Friedrichstraße 15.

den zahlreichen Arbeitsverhältnissen jederzeit in lokaler Weise entgegenzukommen. Sein Ausschreiben sei lediglich auf Wunsch seiner Organisation erfolgt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Februar.

Geschichtskalender.

- 1789 Gabelberger, Begründer der deutschen Stenographie in München.
- 1884 Der Geschichtsforscher und Dichter Felix Dahn.
- 1906 Der Maler Adolf Menzel.

Die technischen Beamten gegen die überschleifischen Grubenterroristen.

Eine öffentliche Versammlung der technischen, industriellen Beamten besaßte sich am Sonntag Mittag im Konzerthaus mit den Maßregelungen von Beamten auf den Gieschgruben in Schoppitz in Oberschlesien. Ingenieur Schweiger, Königschütze, gab zunächst eine sachliche Darstellung der Maßregelungen, die zum Teil auch unseren Lesern bekannt sind, dessen markanteste Details wir aber, der unerhörten Begleitumstände wegen, hier kurz wiedergeben wollen. Bekanntlich gerieten die überschleifischen Grubenbeamten in Erregung, weil einer ihrer Kollegen, der dem Bund der technischen in industriellen Beamten angehörte, wegen dieser Zugehörigkeit entlassen wurde. Eine gütliche Beilegung des Konfliktes war erfolglos. Die Beamten kritisierten das Verhalten der Grubendirektion in einer öffentlichen Versammlung, und diese führte zu der weiteren Maßregelung von 11 Beamten. Die Verhandlungen, in der diese Maßregelungen perfekt wurden, sind typisch für die Progenbrutalität der Repräsentanten des Grubenkapitals und wir lassen die einzelnen Szenen nach dem Aktenmaterial folgen.

Kurze Zeit nach der Protestversammlung der Beamten in Königschütze berief Geheimrat Uthemann, der Leiter der Grubenverwaltung, die im Bunde organisierten Beamten nach dem Verwaltungsgebäude. In seiner Einleitung betonte Herr Geheimrat Uthemann zunächst, daß er sich wohl bewußt sei, den Stamm seiner besten und tüchtigsten Beamten vor sich zu haben. Dann ging er zum Angriff über. Er habe vom Bunde bisher nichts gemerkt und sich nie um ihn gekümmert. Nachdem aber der Bund die Grube angegriffen habe, bestehe Krieg zwischen dem Bunde und Gieschgruben. Die Beamten müßten sich jetzt für einen entscheiden. Herr Geheimrat U. wandte sich zunächst an den dienstältesten Beamten mit der Frage, wie er sich stelle. Der Herr erklärte, daß er nach wie vor seine ganze Kraft der Firma widmen werde, sich aber kein Koalitionsrecht und keine persönliche Freiheit nicht nehmen lassen könne. Geheimrat Uthemann: „Was was, Koalitionsrecht und persönliche Freiheit sind Phrasen! Was bietet Ihnen der Bund? Das Vermögen des Bundes beträgt höchstens 1 Prozent von dem Vermögen von Gieschgruben. Was liegt Ihnen näher: die Interessen der Gewerkschaft, in deren Dienst Sie stehen, oder die Interessen des Bundes, der gegen die Gewerkschaft kämpft?“ — Ingenieur K.: „Ich habe stets im Interesse von Gieschgruben gearbeitet, und werde dies wie bisher in den nächsten Jahren auch in Zukunft tun; aber ich lasse mir meine persönliche Freiheit nicht nehmen.“ — Uthemann: „Was was, Freiheit! Hier Bund oder Gewerkschaft.“ — Ingenieur K.: „Ich bleibe beim Bunde!“ — Uthemann: „Dann sind Sie entlassen! Verlassen Sie sofort den Grubenhof.“

Danach ließ Herr Geheimrat Uthemann eine längere Pause eintreten, nach Ansicht aller Anwesenden, um diese Entlassung einmal wirken zu lassen; dann fuhr er fort: „Nun wollen wir uns einmal gemüßlich unterhalten.“ Er bemühte sich dann, die Sache nochmals den Herren im Sinne seiner ersten Ausführungen darzulegen. Auf seine Anfrage, wer nun sprechen wolle, meldete sich ein Diplomingenieur, der aber über die Anfangsworte nicht hinauskam, sondern sofort unterbrochen wurde: „Aus, raus! Sie sind entlassen!“ Dann wandte sich Herr Uthemann an einen dritten Herrn, den Ingenieur S., der sechs Jahre auf der Grube tätig ist: „Herr S., wie denken Sie denn über die Sache?“ — Ingenieur S.: „Ich stehe auf dem Standpunkt des Herrn K.“ — Uthemann: „Dann sind Sie entlassen!“ — Dann wandte sich Herr Geheimrat Uthemann an ein weiteres Mitglied: „Nun, Herr F., Sie sind hier ausgebildet; Ihr Vater ist jetzt schon 36 Jahre in unseren Diensten. Sie werden doch da bleiben, wo Ihr Vater ist!“ — Steiger F.: „Ich bleibe im Bunde.“ — Uthemann: „Sie sind sofort entlassen!“ Einer der nächsten Herren meinte: „Ja, Herr Geheimrat, wenn wir jetzt wirklich bei der Gewerkschaft bleiben, über kurz oder lang fliegen wir dann doch raus!“ — Uthemann: „Nein, Uthemann, Salenze wird schuldig die Hand über Sie halten.“ — Die nächsten Herren, die ebenfalls entlassen wurden, sagten ebenfalls ebenfalls entlassen. — Erhob sich Herr Uthemann an den folgenden Herrn wandte, sagte er zum Verginnsfaktor Förster: „Das ist ja wohl einer Ihrer tüchtigsten Steiger; den möchten Sie gern behalten!“

Dann zu dem Steiger gewandt: „Nun, Herr V., wie stellen Sie sich?“ — Steiger V.: „Ich würde gern, wie bisher, meine ganze Kraft der Grube widmen, aber...“ — Uthemann: „Lassen Sie das aber!“ — Steiger V.: „Aber ich bleibe dem Bunde treu!“ — Uthemann: „Sie sind entlassen!“ — Es wurden im ganzen in dieser Unterredung elf Herren gemahregelt; fünf wurden sofort entlassen, sechs Herren wurden gefündigt.

Soweit die Vorfälle auf den Gieschgruben, die der Referent in schlichten Worten schilderte, und die bei den Versammelten einen tiefen Eindruck machten. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Versammelten, daraus zu lernen, und hoffte auf diese Art die Öffentlichkeit und den Staat für die unerhörten Eingriffe in die Koalitionsfreiheit der Privatbeamten interessieren zu können. Vor allem aber gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit immer näher rücken möge, wo auch die Privatbeamten ebenso wie die Arbeitermassen den großen Wert der Organisation erkennen möchten. (Lebhafte Beifall.)

Nach Uthemanns eines Solidaritäts-Telegramms an die gemahregelten Beamten in Oberschlesien, nahm das Wort der Reichstagsabgeordnete Dr. Fleischer von der Zentrumspartei. Der Redner sprach über die Persönlichkeit in der Großindustrie und führte etwa folgendes aus: Seit 20 Jahren ist innerhalb der wirtschaftlichen Verhältnisse eine grundsätzliche Veränderung eingetreten. Der technische Beamte, die Seele des modernen Großbetriebes, der früher der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstand, tritt jetzt mit Entschiedenheit für die ausgedehnteste Koalitionsfreiheit auf und wehrt auf seinen Stand ein. Bis zu einem gewissen Grade steht die Beamenschaft dem Organisationsgedanken noch ablehnend gegenüber. Sie befürchten durch den Zusammenschluß eine Unterdrückung aller Persönlichkeiten. Aber bei dem Groß drängt sich doch immer mehr die Einsicht durch, daß sich die einzelne Person in

der heutigen Wirtschaftswelt keine Position schaffen kann. Der moderne, materialistische, materialistische Ring der Großindustrie beherrscht, steht an den persönlichen Werten, die die einzelnen Beamten bringen, nichts anderes wie Arbeitskräfte, die sie sich ebenso in Massen aneignet wie die Lohnarbeiter. Die zeitliche Arbeitsleistung wird durch die Wirtschaftsweise herababgewertet, sie wird ebenso wie die Arbeitskraft des Handarbeiters zur Ware, deren Wertung abhängig ist von Angebot und Nachfrage. Ein Recht auf Arbeit, auf Erhalten, gibt es nicht mehr. In die Entlohnung bei den technischen Beamten ist in sehr vielen Fällen so, daß von einer landesgemäßen Existenz überhaupt keine Rede sein kann. Dafür geben die eben geschilderten Vorformungen in Oberschlesien den besten Beweis. Aber gegen solche Vorgänge ist der Einzelne machtlos. Es wäre lächerlich, wollte sich der Einzelne von einem Vorgehen gegen das unpersonlich gewordene Kapital etwas verprechen. Da hilft nur das Zusammenarbeiten der Gesamtheit. Der lange verpönte Gedanke der Organisierung aller Kräfte der Kollegenchaft muß immer tiefere Wurzeln schlagen. Hat man bei diesem Zusammenschluß den hohen Zweck vor Augen, dann kann man nicht mehr von Verdienstinflüssen sprechen, wie das kürzlich in Breslau der Fall war. Von einem Beschäftigten der Region kann keine Rede sein. Im Gegenteil, dieser Zusammenschluß gewährt erst der Persönlichkeit Schutz, gegenüber den Unterdrückungsgeäften des Kapitals.

Der Redner kommt sodann auf die sträflichen Praktiken mit der Konkurrenztafel zu sprechen. Die gegenwärtige Handhabung dieser Vertragsklauseln ist unbillig, weil sie nur einem der Kontrahenten Pflichten auferlegen. Man müsse von Gesetzes wegen antreiben, die Konkurrenzverträge zweiseitig zu machen, zum mindesten die Weiterzahlung des Gehalts erzwingen. Diese Behandlung der technischen Beamten bedeute auch eine große Gefahr für die deutsche Industrie in ihrem Konkurrenzkampf mit der englischen Industrie. Die deutsche Industrie weige ebenfalls zur Spezialisierung und damit zur Heranziehung von hervorragenden Spezialarbeitern. Wenn diese Leute aber immer schüchler gegenüber dem Kapital werden, dann werden diese Kräfte sich auf anderen Gebieten zu betätigen versuchen. Hier helfend eingzugreifen, ist Sache des Staates. Seine Aufgabe aber ist es auch, darüber zu wachen, daß eine Organisation wie der Bund der technischen Beamten nicht unter Angriffen zu leiden hat, wie sie von den bayrischen und oberösterreichischen Industriellen in jüngster Zeit beliebt wurden. (Lebhafte Beifall.)

Darauf nimmt das Wort der Landtagsabgeordnete Dr. Schupp, der konservativ-freimüthige Reichstagsabgeordnete aus dem Wahlkreise Teltow-Besow, der etwa folgende Ausführungen machte: Man spricht von unserer Zeit, daß sie im Zeichen der Sozialreform stehe und manche Klagen, daß zu viel darin gelte. Das trifft aber nicht zu. Bei den industriellen Beamten habe man den Beweis, daß sie wenig sozialpolitischen Schutz genießen. Daß kommt diesen Beamten immer mehr zum Bewußtsein, daher ihre jetzigen Bestrebungen, sich zu organisieren. Der Redner geht näher ein auf die verschiedenen Ursachen, der unangünstigen Lage dieser Beamenschaft. Er hebt besonders hervor, daß alljährlich ein starker Ueberschuß an Technikern heranzugeht, für die die Industrie kein Betätigungsfeld biete. So betrug z. B. die Zahl der Studierenden an den technischen Hochschulen in deutschen Reich im Winter 1890/91 5833, im Winter 1905/06 16 793; d. h. es trat eine Vermehrung von rund 200 Prozent ein. Für dieses starke Ueberschuss aber die deutsche Industrie keine Nachfrage, und daher kommt auch die verhältnismäßig schlechte Entlohnung, die sich die leicht zu Erwerbenden mühen bieten lassen. 37 Prozent aller dieser Beamten in Deutschland hatten ein Monatsgehalt von 125 Mark und niedriger, und nur 15 Prozent bezogen ein Gehalt von über 200 Mark. Der übrige Teil rangierte zwischen diesen Einkommensstufen. Wird die soziale Lage der industriellen Beamten aber durch solche Bezahlung herabgedrückt, so werden die Beamten geradezu dem Elend preisgegeben, wenn sie solchen Uebermännern, wie dem Geheimrat Uthemann, in die Hände fallen. Die Konkurrenztafel tut ein übriges. Der Ingenieur von heute darf wohl Erfindungen machen, den Ertrag davon steck aber der Kapitalist ein, ja der Mann des Erfinders wird sogar verdrängt. Das ist ein unerhörtes Abhängigkeitsverhältnis. Der Organisationsgedanke muß sich auch in den Köpfen der Industriebeamten festsetzen, von da allein kann das sicherste Heil kommen. So manchem ist die Disziplin einer solchen Organisation unangenehm. Aber wie wertvoll sie für die Organisierten ist, und wie sehr sie auch den Gegnern Achtung abzwängt, kann man aus dem Vergleich ersehen bei den Vorkämpferanstalten im Ruhrrevier und in Belgien im Jahre 1899. In Deutschland die stark organisierten Massen, die mit Würde und Ruhe den Kampf führten, was selbst Folgebeamte anerkennen mußten, und in Belgien die unorganisierten Massen, die den Behörden leichtes Spiel boten. Die Organisation fördert das Selbstbewußtsein des Einzelnen, und sein Pflichtbewußtsein der Gesamtheit gegenüber. Es ist ein Ansehen, wenn man weiter sagt, die Unzufriedenheit werde durch die Organisation gefördert. Wer die Unzufriedenheit in der gefährlichsten Form veranlaßt, das sind Leute wie Geheimrat Uthemann u. a. Die zwei großen Rechte: Koalitionsrecht und Freizügigkeit, müssen sich auch die Privatbeamten mit aller erlaubten Mitteln erkämpfen. Der Organisationsbesitz ist keine leere Phrase, es ist etwas Willkürliches. Werden ihn sich die Industriebeamten zu eigen machen, dann wird auch ihren vereinten Kräften das Ziel erreichbar sein. (Lebhafte Beifall.)

Ein Herr Schuppe meinte, der sah: „Weß Brot ich eh, beß Lied ich sing“ sei eine Lüge. Der Arbeitende esse doch sein eigenes Brot, das, das ihm seiner Hände Arbeit erworben. Man hätte deshalb gar keine Ursache, dem Unternehmer dankbar zu sein. In Oberschlesien habe man ja es so weit gebracht, daß die Unternehmer den Angestellten bar Geld anbieten, nur, damit sie aus dem Bunde austreten, zuerst 500, dann 300 Mk. Man sehe, die Persönlichkeit werde auch hier immer niedriger eingeschätzt.

Herr Heintzel vom Deutschen Techniker-Verbande überbringt die Grüße seiner Kollegen und teilt mit, daß sie sich mit den Beamten solidarisch erklären. Derauf erhält das Wort der als eingeladenen Gast anwesende

Reichstagsabgeord. Genosse Herrn. Sacke-Waldenburg der beim Aufruf förmlich die Erbitterung der Beamten bereits geäußert) lebhaft durch Handklopfen begrüßt wird. Genosse Sacke führte aus:

M. H.! Zunächst danke ich Ihrer Zeitung, daß sie auch uns Lutschiende eingeladen hat. Wenn man so an zwanzig Jahre in der Arbeiterbewegung mitgetan hat, so muß einem eine Veranstaltung wie die heutige seltsam an: Eine Versammlung, deren Teilnehmer bisher meist nicht in der Kampfeslinie zu stehen gewöhnt waren. Bisher haben wir den Kampf um die Koalitionsfreiheit ganz allein führen müssen. Deshalb hat es uns gefreut, daß hier von den Vordrängern kräftige Töne angeschlagen worden sind. Denn gegen das kapitalistische Uebermenschenentum kann nur stramme Energie etwas ausrichten. Dieses Uebermenschenentum wüthet nicht nur in Oberschlesien. Das ist überall, wo Kapital ist. Auf dem soeben verflohenen Vorkämpfer-Kongress kamen Dutzende ähnlicher Fälle zur Sprache, wie Sie sie zu beklagen haben. Hat man doch sogar Vergarbeiter gemahregelt, nur weil sie sich zu — Klassenvertretern hatten wählen lassen! (Stürmische Beifall.) Die Beamten bekommen jetzt dieselbe Peitsche der Unternehmer zu spüren, gegen die die Arbeiter sich seit Jahrzehnten auflehnen. Bei den Arbeitern begnügt sich der Beschäftigte nicht mit der bloßen Maßregelung des einen „Unbotmäßigen“, nein, da strakt man wie ein Pachegott bis ins zweite und dritte Glied. Wenn der Vater dem Unternehmer nicht mehr paßt, wirft er den Sohn und Bruder mit auf die Straße!

Alle diese Vorkommnisse erfordern, daß fortan gegeneinander eine andere Stellung als bisher einzunehmen ist. Bisher

haben sich die unteren Beamten und Arbeiter nicht so verstanden, wie es eigentlich nötig gewesen wäre. Hoffentlich bringen die Willkür der Unternehmer beide künftig etwas näher! Der Steigerverband, den Grubenherren von seiner Loyalität ein Dorn im Auge, hat himmelschreiende Mißstände zu Tage gefördert, die alle Beamten empören sollten. Es ist in Westfalen Beamten das an Gehalt abgezogen worden was der Unternehmer vor dem Gewerbegericht verloren hatte! (Lud!) Nur, weil sie die Wahrheit gesagt, weil die Firma wegen großer Verluste verurteilt werden mußte, hält sie sich an den Gehältern der Beamten schadlos! Zeit nun doch in Westfalen die Beamten wie Arbeiter auf Schwanz zu stellen, ja, man zu lügt sie sogar, schamlos! Nieder zu unterwerfen, wozu sie zu wählen haben zwischen ihrer Liebe zum Verband und der Hungerpeitsche der Grubenherren! (Lud!) Leider ist der Oberbeamtenverband den Teilnehmern in den Rücken gefallen, weil es dort noch sehr am Solidaritätsgefühl fehlt. Er hat versucht, die Enthaltungen des Steigerverbandes über das Nachschub-Unglück mit seinen 350 Verarbeitern abzumischen und zu vertuschen — alles im Interesse der Kapitalisten!

Der Staatssekretär v. Vethmann-Hollweg hat uns kürzlich den Rat gegeben, nur Interessen-Verbände zu gründen; mit denen würden die Unternehmer verhandeln. Hier haben Sie nun solchen Interessen-Verband — und was geschieht? Gemahregelt wird doch! Wir geben Ihnen deshalb den guten Rat: Machen Sie es, wie die Arbeiter es gemacht haben: Schaffen Sie sich starke Organisationen! Die Arbeiter hat man ja deshalb auch gemahregelt, zu Hunderten, zu Tausenden, aber sie haben sich nicht irren lassen, sondern treu zur Stange gehalten. Sie müssen gleich beim ersten Ansturm der Unternehmer energisch widerstehen, sonst erhalten die maßregelnden „Uebermännern“ bald Oberwasser und dann kennt ihre Brutalität und Mordlust keine Grenzen. (Zehr richtig!) Wir werden uns dann auch gegenfeitig besser verstehen lernen, wenn wir sehen, daß Sie kämpfen. Die bestehenden Differenzen können dann ausgeglichen, der Gedanke der Solidarität dann gepflegt werden. Was an uns liegt, soll geschehen, um den Arbeitern die Erkenntnis nahe zu bringen, daß an den vielen Mißständen nicht die Beamten die Schuld tragen, sondern die Kapitalisten und nur sie! (Bravol!) Die Resolution wird auch von unserer Fraktion vertreten werde. Aber — darauf müssen Sie sich gefaßt machen — Die Realisierung und die Parteien werden Widerstand verheßen. Bereits vor einigen Tagen hat der Staatssekretär angekündigt, daß es nicht gut sei, wenn die Beamten sich absonderten und daß die Koalitionsfreiheit vielfach „mißbraucht“ würde. Und wenn das auch nicht gleich eine Befreiung des Koalitionsrechts ist: In eine Erweiteung des Koalitionsrechts denkt die Regierung der Kapitalisten nicht. Auf einen Nabel fällt kein Baum. Wenn unser erster Ansturm auf Befreiung des § 153 B. O. (Streikparagraf) bei der bevorstehenden Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle nicht gelingt, so werden wir eben weiter kämpfen. Sie aber wollen inzwischen den dringenden Aufruf beherzigen, der für Sie wie für alle Arbeiter und Angestellte gilt: Einmütig in die Organisation! Für eine freie Betätigung des Koalitionsrechts! (Lebhafte Beifall auf allen Seiten.)

Derauf hält der Reichs-Dumderche Handlungsgehilfenvertreter Brocatti, Nothers Gegenkandidat aus dem 29. Bezirk, eine kurze Rede, die eine allgemeine Flucht der Teilnehmer aus dem Saale zur Folge hat. Vergebens steht ihn der Vorsitzende an, zur Sache zu sprechen — Herr Brocatti mußte seinen Saal los werden. Und als er ihn los war, war der Saal fast leer.

In wenigen Worten teilt darauf Genosse Lohmann mit, daß auch die eingeladenen Arbeiterorganisationen gern der Einladung Folge geleistet hätten und den Technikern wünsch, daß sie ebensolche Erfolge erringen möchten. Wie die modernen Gewerkschaften. Es gäbe auch in Breslau Unternehmer, die noch vor 10 Jahren sich aufs hohe Ross gesetzt und sich geweiht hätten, mit den Arbeitern zu verhandeln. Heute aber kommen dieselben Unternehmer freiwillig zu den Arbeitern, um Tarifverträge mit ihnen abzuschließen. Seien Sie energisch und Sie haben in fünf Jahren dieselben schönen Resultate zu verzeichnen!

Wie wir hören, wählte der Versammlung im amtlichen Auftrage ein Oberbergerat, ein Herr v. Sigurth, bei der jetzt die wenig dankbare Aufgabe hat, seiner Behörde von der Rebellion im Beamtenlager Bericht zu erstatten. — Näheres über diese Rundgebung finden unsere Leser im heutigen Leitartikel.

Herr Bender und die Arbeitslosen.

In der am 17. Januar abgehaltenen Arbeitslosen-Versammlung hatte der Stadtvorordnete Neufisch auf Wunsch der Versammlungsleitung das Ergebnis der gehaltenen Vorträge und Beratungen in eine Resolution zusammengefaßt, die wir heute hier wörtlich wiederholen müssen, da sie Herr Bender, dem Bürgermeister unserer Stadt, Anlaß gegeben hat zu einer neuen, gänzlich unmotivierten Anstempfung der betreffenden Arbeiter. Die Versammlung resolierte also folgendes:

„Die Arbeiter, die durch die heutige kapitalistische Produktionsweise ausgebeutet und durch ihre unermesslichen Krisen zu Hunderttausenden arbeitslos und prolos gemacht werden, haben ein Recht darauf, zu verlangen, daß sie in den Zeiten der Arbeitslosigkeit und Not in wirksamer Weise unterstützt und vor weiterem Elend bewahrt bleiben. Der Staat und die Gemeinden sind in erster Reihe dazu berufen und haben die Verpflichtung, hier helfend einzugreifen. Ausgehend hieron verlangt die Versammlung:

1. Schnellige Anagnahme städtischer Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bereitstellung ausreichender Mittel für Notstandsarbeiten.
2. Einführung der anständigen Lohnaufschlag in die zuzuschließenden Verträge.
3. Einführung des sogenannten Genter Systems der Arbeitslosenfürsorge, wonach die Stadt einen Fonds bildet, aus dem am Orte bestehenden Gewerkschaften und ähnlichen Organisationskörpern Zuschüsse aus städtischen Mitteln zu ihrer Arbeitslosenunterstützung gewährt werden.
4. Der Magistrat und die Stadtoberordneten-Versammlung wollen die Reichsregierung und den Reichstag ersuchen, bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherungsgesetzgebung eine Reichs-Arbeitslosenversicherung einzuführen.
5. Magistrat und Stadtoberordneten-Versammlung der Stadt Breslau werden ferner ersucht, zur Erforschung des Arbeitsmarktes alljährlich zwei Arbeitslosen-Zählungen (im Sommer und im Winter) zu veranstalten und sich zu diesem Zwecke mit allen hiesigen Arbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen.“

Den Leitern der Versammlung, Schuhmacher Grunow, als Vertreter des Gewerkschaftskartells, Maurer Bachmann und Brauer Ueberbach wurde die Aufgabe zuteilte dem Magistrat zur „gefälligen Kenntnisnahme“ und „wünschenden Berücksichtigung“ zu unterbreiten. Mit welchem Erfolge, mag das folgende grobe Antwortschreiben ausweisen, das am Sonntag in die Hände des Genossen Grunow gelangte und vom Magistratsberichterstatter am Sonntag früh in der Presse veröffentlicht wurde.

Die von Ihnen überlieferte Resolution einer Versammlung vom 17. Januar, worin wir zur Rückkehr für Arbeitslose aufgefordert werden, beginnt mit der Behauptung, daß die Arbeiter durch die heutige Produktionsweise — als deren Vertreter wir in Anspruch genommen werden — angebeutet würden. Wir lehnen es ab, mit Arbeitern zu verhandeln, die unsere Existenz so unter Beleidigungen in Anspruch nehmen. Von Arbeitern, die wirklich fähig sind uns zu verhandeln und nicht nur mit positiven Nebenbanten Klagen wachen, müssen wir fordern, daß sie sich selbst einer unabhängigen und von Beleidigungen freien Rede weise bedienen.

Natürlich ist es dem Stadl. Neuland so wenig als den Arbeitslosen eingefallen, Herrn Vender zu beleidigen, inwieweit er ja die kapitalistische Produktionsweise nicht geschaffen hat und allem Anschein nach auch nicht abschaffen wird. Außerdem war diese Versammlung auch keine lärmvolle Demonstration, sondern eine sehr schlichte und einfache Kundgebung, in welcher die großen Leistungen der Gewerkschaften für die Arbeitslosen besprochen wurden. Was den Anstand anbelangt, so zeigt ja ein Vergleich der beiden Kundgebungen, wer am wenigsten davon beugt, besonders, wenn man bedenkt, wie häufig die „Beleidigungen“ konstruiert werden mußten, auf die Herr Vender wie ein Verfechter losschlägt.

Solche brutalen Ausäußerungen von Machthabern gegen Kollektive, deren Mitarbeit man sich durch formale Gesinnungslegerei vom Halbe schafft, sind jedoch viel zu wichtig, als daß sie hier in wenigen Zeilen abgefeilt werden könnten. In ihnen liegt ein so gewaltiges Kräftegleichgewicht für die Massen, daß wir uns den Stoff nicht entgehen lassen, sondern zu eingehender Würdigung vorbehalten wollen. Einem Willenden statt mit Brot mit Ohreigen zu dienen, das ist eine Provokation, die deutliche Antwort heißt.

Drum sei für heute nur noch mitzuteilen, daß das Antwortschreiben nicht, wie die bürgerliche Presse mitteilt, von zwei Herren unterzeichnet ist, sondern nur von Herrn Vender. Es ist also noch Hoffnung vorhanden, daß die übrigen Herren sich gekümmert haben, ein solches Schriftstück mit ihrem Namen zu decken.

In der Sitzung der Stadtverordneten am kommenden Donnerstag wird die Diskussion über den Stadthaushalts-Stat ihren Fortgang nehmen. Außerdem liegen der Versammlung 16 neue Vorlagen vor. Als wichtigste vorzulegen sind die Erweiterung der beiden Elektrizitätswerke, des Kabelnetzes und den Bau einer neuen Unterstation im Südosten der Stadt, die zusammen 1.800.000 bis 2 Millionen Mark kosten sollen. Ferner wird beantragt, den fünf Pirschamer Probebrunnen einen sechsten hinzuzufügen, da die bisherigen Ergebnisse der Versuchsbrunnen zur Fortführung der Versuche ermuntern. Allerdings ist bei niedrigerem Oberwasserstande eine Absenkung des Grundwasserspiegels auf drei Meter unter den Oberwasserpiegel eingetreten, auch enthält das gewonnene Wasser sowohl Eisen als auch Spuren von Mangan, die jedoch nach der Behauptung der Verwaltung vollkommen abgeleitet werden können. Der Salzgehalt dieses Brunnenwassers ist dagegen sehr gering: 250 Keime in einem Kubikzentimeter gegen 60.000—100.000 in der gleichen Menge Leitungswasser. In welchem Abstände von der Ober der neue Brunnen angelegt wird, gibt die Vorlage nicht an. — Zur 50-jährigen Jubiläumfeier der Feuerweh: sollen statt des ausgefallenen Festens für die päpstlichen Behörden die ehemaligen Angehörigen der Feuerweh mit ihren Frauen zu dem Mannschaften eingeladen werden. Ein vernünftiger Bedarf der weitaus mehr Sympathie verdient als das Festen von Beamten, die mit der Feuerweh nichts zu tun haben.

Ein Besuch im vegetarischen Kinderheim.

Die Menge derer, die noch immer glauben, daß eine Auslegung des Lebens ohne Fleisch unmöglich sei, ist sehr groß, und wenn die Frau Breslau dem Versuch wagte, das Gemüths Professor Parsons, das Berlin abgeben hätte, anzunehmen, und den Gehirnen des Stiefers in Westfalen anzulegen, so gab es sehr viele, die die in die Anstalt aufzunehmenden Kinder als demütigen Versuchsaussagen betrachteten. Selbst die Vertreter der Armen widerstrebten, ihre Kinder dem neuen Heim anzuvertrauen, und man hat gedrängt, daß zehn- und elfjährige Kinder aufzunehmen, während doch die vegetarische Erziehung grundsätzlich schon mit dem zweiten oder dritten Lebensjahre beginnen soll. Nachdem das Kinderheim nun bereits das vierte Jahr seines Bestehens hinter sich hat, ist der Beweis für seine Lebensfähigkeit erbracht. Ein Besuch in dem fremden Heim an der Kurfürstendammstraße zeigt, daß die 20 Sänglinge, welche zur Zeit dort untergebracht sind und von denen mehrere schon seit Jahren der Anstalt angehören, sehr heftig spielen und hohes Schlußspiel erlernen. Man sieht dort Anaben und Mädchen, die im Alter von drei Jahren vor nicht langer Zeit in kranklichen und elendem Zustand in das Haus gekommen sind, jetzt mit reifen Gesichtern und leuchtenden Augen.

In den untern Räumen fanden wir die Mädchen mit Anstaltskleidung beschäftigt und es war ein erfreuliches Bild, als sich die kleinen, nummerierten Wesen breit und bestimmt an die uns begleitende Inspektorin der Anstalt wandten. Die schulpflichtigen Sänglinge besuchen die benachbarte Volksschule. In den Schlafräumen für Anaben, wie für Mädchen, herrscht Ordnung und beständiger Sauberkeit. Der allem interessierte uns sehr, daß man nicht die Befähigung der Anstaltsbewohner. Wir erfuhr, daß man nicht der Plan besteht, auch den empfindlichen Anstaltsbewohner nur vegetarische Kost zu reichen, es ihnen überlassen, sich selbst, wenn sie es nicht erwehren können, auswärts einzuschleichen. Wenn die Anstalt eine eigene Sänglinge in genügender Anzahl zur Anstellung im Dienste des Kinderheims zur Verfügung haben wird, wird auch diese Angelegenheit am nächsten erledigt sein.

Die Sänglinge erhalten täglich nur drei Mahlzeiten, Frühstück, Mittag- und Abendbrot. Zum Frühstück wird ihnen Getreidebrot mit Milch und Semmel oder eine Suppe mit Brot gereicht, als Mittagsmahlzeit gibt es eine Suppe von Sojabohnen, Kartoffeln, Erbsen, Weiz. Dorsch, Brot, Orange und Apfelsinen, dann folgt als Hauptmahlzeit entweder Rindfleisch mit Kartoffeln oder Kartoffeln oder eingedampft mit einem Stück, überbacken mit Kartoffeln, saure Eier, Äpfel mit Butter, Gebackenes mit Sau. Möhren mit Schoten, weiche Kohlen, gedünstetes Gemüse, und als Abendbrot wird ein mit Fett oder einer Butter (Sardellen) bestrichenes Brot und dazu Obst, Karnele oder Milch oder eine Suppe gereicht.

Die die Schule besuchenden Sänglinge erhalten auch noch, um nicht, wenn die anderen Schüler ihr Mittagsbrot verzehren, neidisch anzusehen, ein bescheidenes Brot mit. Die vegetarische Kost stellt sich nun allerdings nicht billiger als eine andere, denn der Unterhalt jedes Sänglings kostet durchschnittlich jährlich 200 Mark. Gutes Obst und Gemüse ist eben in gewissen Jahreszeiten knapp und teuer. Die Kosten werden sich hoffentlich vermindern, wenn die Anstalt dahin erweitert werden kann, daß etwa 50 Sänglinge aufgenommen werden können, die fast nur daselbst Anstaltsverpflegung und die meisten wirtschaftlichen Einrichtungen erfordern werden. Über 6000 Mark konnten jährlich an den Einnahmen aus der Stiftung erbart werden, und wenn man noch berücksichtigt, daß rund 3000 Mark jährlich an Miete zu entrichten sind, so darf man den Zeitpunkt, wo der Plan der Erbauung eines eigenen Anstaltsbaues zur Ausführung gelangen wird, als nicht mehr zu fern betrachten.

Die städtischen Brausebäder, die bisher während des ganzen Jahres an den Sonntagen und an Tagen unmittelbar vor den Feiertagen bis 10 Uhr Abends geöffnet waren, die den letzten wegen mangelnder Heizung in den Wintermonaten im Oktober bis einschließlich April auch an diesen Tagen nur noch bis 9 Uhr Abends geöffnet.

Der Ballon „Schlesien“, der Sonntag Nachmittag 3 Uhr mit den Herren v. d. Borne (Führer), Referendar Meusel und Dr. By anstiegen war, hat eine Nothfahrt gemacht und war bis heute Mittag noch nicht gelandet. Der Wind schen oben nur schwach zu sein, tern noch eine Stunde nach dem Aufsteig sah man den Ballon über der Stadt und in nächster Nähe derselben.

Die Offizierstragödie „Rosencranz“ von unserem Otto Schöller ist wieder im Thalia-Theater einzu-sehen. Es ist ja Normalzeit und da ist es löstlicher Brauch der Direktor, alljährlich den Spielplan um diese Werke der modernen Dramatik zu bereichern. Die Fassung ist fast dieselbe geblieben wie in den Vorjahren, nur wurde die Gestalt des Heimanns diesmal anstatt von dem verstorbenen Fel. Zellbrandt von Frau Sante dargestellt. Die Rolle dieses von gemauerten Subjekten um ihr Lebensglück betrogenen edlen Wädchens übernahm eine durchaus gereifte, wenig empfindliche und ihre Rolle sehr lebende als spielende Künstlerin. Frau Sante wurde diesen Anzeichen des Dichters vollumfänglich gerecht und verhalf dem ja soviel mehr als neue in ihrem Stück zu einem besonders starken Eindruck. Das amtierende Direktorpaar Komberg, das die eigene Charge verkörpert und den Herrn Hans mit seiner wiedererwundenen Tugend in der Hand führt, wurde von den Herren Scholz und Halpern leider nicht glaubhaft genug dargestellt. Herr Wolfram hat sich indes in eine Rolle mehr und mehr hineingelebt, und wenn er sich noch das allzu überhäufte und dadurch vielfach unverständliche und die Pointen und Stimmung zerrüttende Sprechende abgeben möchte, so wäre sein Hans Adorf eine vorzügliche feine, natürlichen Harmonie überströmte Leistung. Das ziemlich zahlreich erschienene Sonntagspublikum nahm die Föhrung mit großer Aufmerksamkeit an. Der das Stück noch nicht gesehen hat, sollte das jetzt baldmöglichst nachsehen.

Historischer Theater. Endlich ist am Sonnabend der letzte Mann rechtzeitig auf die Matte gelangt worden, und damit hat die Ringkampf-Monturung um die Meisterschaft von Deutschland glücklichweise ihr Ende erreicht. Den ersten Preis erhielt John Kohl-Schlösser, den zweiten Wachturoff-Außland, den dritten Karl Saff, den vierten und fünften Preis sechs-Menschen-Dänemark und Regier Zips-Amerika. Dort hat den Berg mußte infolge einer Knieverletzung ausscheiden und kam dadurch um seinen ihm zugehenden dritten Preis. — Am Sonntag stellten sich die an Stelle der Ringkämpfer eintrudelnden neuen Kräfte vor und alle hatten durchschlagenden Erfolg. Die zwei Kämpfer als komische Redner neben ihren Kämpfen. Die Zuschauer reisten Trübs noch höhere turnerische Leistungen. Ullrich-Schwalla hat in ihrer mit schöner Stimme vorgetragenen Strandszene und mit ihrem mehrwürdigen Out, dessen Charakterisierung heinahe ein Wode-Magezin enthält, einen unbestreitbaren Erfolg. Eine Baronesse Jenns E. führt mit ihren beiden Pferden ganz nette Freizeitskizzen vor, während die Erzgebirgsleute der Scher der Dama in Versorna hatten. Gutze bringen Des Fried-Rad, als Raubredner und Jocher. Der von früher der bekannte Grottesk-Summarist Paul Corredini ist nach der alte, seine Darstellungen erlernen sich noch immer des schlauesten Besells. Die übrigen Kräfte des reichhaltigen Programms, von denen die Leistungen der republikanischen Krokodil-Trippe noch besondere Beachtung verdienen, haben wir schon erwähnt. Alles in allem: ein Programm, was des Aufsehens wert ist.

Für alle, die sich für Beethoven interessieren. In den Dienstadt, den 16. und 23. Februar, und an den Sonntagen, den 1. und 8. März, Abends 8 Uhr, werden die Herren Carl Kriebeländer (Moderator) und Stadl. Musikdirektor in der Aula der Musikalien-Anstalt einen Vortrag über Beethoven und seine „Sinfonien“ in für jedermann verständlicher Form halten. Eintrittskarten sind für jedermann in der Buchhandlung von Brecht u. Pflüger, Ring Nr. 52, und in Poststraße, Adlerstraße 31, 1. Etage, zu haben. (Siehe Anzeiger in der Sonntags-Nummer.)

„Es war eine köstliche Zeit“. So nennt der Hummel-Verleger seinen mit der Mitglieder bestimmten wöchentlichen Abend der Dienstag im Kongresshalle-Saal und Humor der Werke Carlsins („Wasserschmid“, „Der und Zimmermann“) u. a. m.

Achtung, Transportarbeiter! Mittwoch, den 10. Februar, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus. Da die Herren für sämtliche Verwaltungsaufgaben vorgeordnet werden, ist es Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes, zu erscheinen.

Ein tragischer Todesfall. Der Breslauer Rechtsanwalt Dr. Braunmann, Mitglied der Bauereigenenschaft, wurde Sonntag Nachmittag, als er auf das Tokabell seiner beiden geliebten Kinder auszuwandern wollte, plötzlich vom Herzschlag getroffen. In weniger als 10 Minuten war auch er eine Leiche.

Wer hat den Schützen? Ein empfindlicher Schütze wurde am Sonntag zwischen Stadl in der Herderstraße den einem am Jürgens wohnenden Schützen weg und hier damit fortgeführt. Gekannt wurden eine Neidhans'erin, ein fährer Schütze, ein Herr mit Hol-Infanterie, mehrere Schützen, ein Neidhans'erin und verschiedene Patrone, ein Opuskel, ein Hümmelstein und ein Periscope mit 11 M. — Angewandte ist dem Verhafteten der Name, Pflüger, 35, an Fried mit braun- und weißerhafter Haut.

Neueste Nachrichten.

Kabinettskrise in Oesterreich. Wien, 7. Februar. Der Kaiser läßt ein Präminantent, mit dessen Führung Kaiser Wien nicht befreundet wurde, bilden. Es soll eine parlamentarische Einigung haben. In Abgeordnetenkreisen werden Radikale, Dillisch und Hoch für einzelne Ministerstellen genannt. Geduldige Beschlüsse sind aber noch nicht in Richtung gekommen. Der sozialdemokratische Verband rüht ein Man ist an die Arbeiter, wenn es unter anderem heißt: Die Rechte der

Sokkamarilla, deren Werkzeug die christlich-soziale Partei war, haben den Minister Wien erst am Nacht gebracht. Wir rufen auf zum Kampf für das Recht des Parlaments gegen die Kleinbücherei der Bureokratie, für den nationalen Frieden gegen die nationale Gege, für die soziale Versicherung und die soziale Reform.

Azew und Witte? Petersburg, 7. Februar. Die Staatsanwaltschaft beschuldigte sich dem Vernehmen nach mit der Frage, ob Graf Witte im Zusammenhang mit der Affäre Lopuchin-Azew nicht mit zur Verantwortung gezogen werden soll. Er wird beschuldigt, daß er als Ministerpräsident direkte Beziehungen zu revolutionären Parteien unterhalten habe, doch scheint man bisher nichts Anhaltendes gefunden zu haben. Trotzdem verlanert, daß Graf Witte verhaftet werden soll.

Petersburg, 7. Februar. (S. T. B.) Kommenden Mittwoch beginnen in der Duma die Interpellationsdebatten in der Lopuchin-Affäre, die voraussichtlich fünf Tage dauern.

Vom Hochwasser. Wabstrib, 8. Februar. (S. T. B.) Das schwere Hochwasser hat die Jännybüde herabgerissen, drei Straßen sind dabei ertrunken.

München, 8. Februar. (S. T. B.) Beim Hochwasser in Regensburg sind 4 Personen ertrunken. Köln, 7. Februar. Während das Hochwasser der Seitenflüsse des Rheins zurückgeht, zeigt der Rheinstrom selbst ein vorläufiges Steigen. Am Kölner Pegel ist die Höhe jetzt um vier bis sechs Meter. Allmählich läßt sich absehen, welche großen Verwüstungen das Hochwasser in den ober- und mittelschleifigen Seitentälern anrichtet hat. In der Senge und im Weidbachtal sind zahlreiche Häuser unbenutzbar geworden; die Einwohner wurden in Kranenbüden untergebracht. In den ackerbaureicheren Gegenden ist meilenweit der fruchtbare Boden weggesperrt. Im Rupper-Gebiet sind zahlreiche Kleinbetriebe, Webereien z. verlicht. Die Schädigung des Wohlstandes ist unermesslich, weshalb die rheinischen Blätter die öffentlichen Sammelstellen für Nothhilfe auffordern, die ihr die Gbebengehaltigen in Subvention gesammelten Gelder für die nothleidenden deutschen Landsteute zu verwenden.

Berlin, 8. Februar. (S. T. B.) Die Schreckenstat eines Gefährlichen vier Jahren früh in der Ufastraße große Aufregung hervor. Der 31 Jahre alte Steinbildhauer Hermann Hoffmann trüerte auf seinen im Hause Ufastraße 7 wohnhaften 7 Jahre älteren Bruder Max Hoffmann, den er gestern früh besuchte, und auf dessen 20 Jahre alte Ehefrau drei Revolverkugeln ab. Max Hoffmann wurde durch zwei Kugeln ins Herz getroffen und war sofort tot. Die Frau erhielt einen Schuß in die linke Brustseite und wurde lebensgefährlich verletzt. Der Mörder ist nach der Tat geflüchtet. Er leidet an verblühstem Wahnsinn und ist erst vor einigen Tagen aus Hamburg zurückgekehrt.

Berlin, 8. Februar. (S. T. B.) Zur Schießaffäre in Oranienburg wird gemeldet, dem Gattungsungsgehalt des Referendars Jald, der dieser Tage den Steinseymester Maschner erschossen hat, ist noch nicht festgegeben worden. Am Sonnabend erfolgte die amtliche Leichenschau und Sektion, worauf die Leiche zur Beerdigung sofort freigegeben wurde.

Frankfurt a. M., 8. Februar. (S. T. B.) Eine von etwa 6000 Personen besuchte Versammlung im Schumann-Theater, welche am Nachmittag stattfand, nahm Stellung gegen die drablichste Erhöhung der Praxisten. Die Beschlüsse, die vom Frankfurter Praxisten-Verband, vom hiesigen und von auswärtigen Gewerkschafts-Verbänden, vom Gewerkschaftsrat und vom Verband der Praxistenarbeiter eintreffend war, nahm in einer einstimmigen Resolution Stellung gegen die dem Reichstage unterbreitete Vorlage eines Praxistengesetzes.

Brag, 8. Februar. (S. T. B.) In Märzschlag verunglückte der Sohn des russischen Botschafters am Wiener Hofe, Fürst Urusloff, beim Eislaufen und erlitt eine Gehirn-Schütterung.

London 8. Februar. (S. T. B.) Zum Tode des deutschen Gesandtschaftssekretärs in Santiago (Chile) der am Sonnabend unter den Trümmern des durch Feuer zerstörten Gesandtschaftsgebäudes als Leiche aufgefunden wurde, wird berichtet, daß der Sekretär ermordet wurde, verhaftet sich. Die amtliche Untersuchung der Leiche hat ergeben, daß der Schädel in zwei Teile zerfallen war.

New York, 8. Febr. (S. T. B.) Der frühere Präsidentkandidat Will am Bryan ist von einem schweren Automobilunfall betroffen worden. Er unternahm in der Nähe von Pampa eine Automobilfahrt. Der Wagen schlug um und wurde gegen einen Baum geklemmt. Bryan wurde herausgeschleudert und erlitt Querschnitte und einen Beinbruch.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Dienstag, den 9. Februar: Metallarbeiter. Versammlung im großen Saale. Eisenarbeiter 1. Abends 7 Uhr: Versammlung. Zimmer 1. Maurer. Abends 7 Uhr: Versammlung. Zimmer 2. Maurer. Vertrauensmänner-Versammlung. Zimmer 3 u. 4.

Sozialdemokratischer Verein Breslau. Distrikt 2 (Sauerbrunn). Montag: Zahlabend im „Holland“. Ede Post- und Herderstraße. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Diskussions-Abend. Einleitung von Genossen Schiller.

Distrikt 6 (Nikolaier). Der Zahlabend für sämtliche Bezirke (außer Bezirk 8, Silberstraße 20-34) findet von jetzt ab nur noch Lenthenstraße 62. Der nächste Zahlabend ist Montag, den 8. Februar. Der Distriktsführer.

Distrikt 7. Montag, den 8. d. Mts.: Zahlabend. Für die Bezirke 12, 20 und 22 befindet sich von jetzt ab das Zahllokal in Lenthenstraße 62. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Distriktsführer.

Distrikt 8a. Montag: Vortrag des Genossen Albert über die neue Sozialistenhege.

Distrikt 9a (Obertor). Montag, den 8. Februar: Zahlabend und Neuwahl des Distriktsführers und der Revisoren.

Distrikt 12. Montag im Zahlabend: Vortrag des Genossen Bachmann über die politische Lage. Distrikt 17 (Schwefelwälder Tor). Montag, den 8. Februar: Vortrag in beiden Bezirkshäusern über die Gewerbegezeu-Novelle. Der Distriktsführer. Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Neumarkt. Land-Distrikte 11 und 14. (Siffa und Stabelwitz.) Sonntag, den 14. Februar, Nachmittag 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Goltz in Stabelwitz. Vortrag des Genossen Schütz Land-Distrikte 12 (Söpelwitz). Montag, den 8. Februar: Zahlabend bei Goltz.